

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 44 Berlin, den 31. Oktober 1931 39. Jahrgang

Der Tarifvertrag in der Krise

Die Frage des Tarifrechts hat in der letzten Zeit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestanden, auch in der kurzen Reichstagstagung hat sie eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Neben dem Abbau der Sozialpolitik ist die „Auflockerung“ der Tarifverträge eine wichtige Forderung des Unternehmertums. Der Reichskanzler Brüning steht diesen Forderungen nicht unbedingt ablehnend gegenüber; er ist bereit, ihnen Konzessionen zu machen. Nur dem Umstande, dass er nicht willens war, völlig vor den Scharfmachern zu kapitulieren, hat ihm deren Gegnerschaft zugezogen.

Der Reichskanzler hat in der von ihm verlesenen Regierungserklärung gesagt, dass der Tarifgedanke als solcher gesund sei und erhalten werden müsse, er bedürfe aber grösserer Elastizität in der Handhabung. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepasst werden können. Das sind Orakelsprüche, die recht deutungsfähig sind. Der sehr ernsthaft erwogene Gedanke, die Unabdingbarkeit des Tariflohnes in der Weise zu beseitigen, dass es dem Unternehmer gestattet sein soll, bis zu 20 Prozent unter dem Tariflohn zu zahlen, scheint fallen gelassen zu sein. Aber über die Pläne der Regierung, über die Art, wie sie die erstrebte Elastizität der Tarifverträge herbeiführen will, tappt man im Dunkeln.

Selbst wenn man die geltenden Bestimmungen des Tarifrechts nicht antastet, so bietet deren Handhabung doch die Möglichkeit, dem Tarifvertragsgedanken schwere Wunden beizubringen. Im Reichsarbeitsministerium besteht offenbar starke Neigung, der Auffassung gewisser Kreise zu folgen, die verlangen, dass von dem Recht der Verbindlicherklärung ohne Rücksicht auf die sozialen Momente nur dann Gebrauch zu machen ist, wenn es gilt, wirtschaftliche Unternehmungen vor Störungen zu bewahren. Die Anerkennung dieses Grundsatzes in dieser Zeit der schwersten Wirtschaftsnot würde praktisch auf eine starke Förderung des Lohnabbaues hinauslaufen. Wo die Arbeiter durch besondere Umstände die Möglichkeit haben, dem unerträglichen Lohndruck wirksam zu begegnen, da werden sie mit den Mitteln der Schlichtungsverordnung gehindert, ihre Kraft zu entfalten. Da wird, wie man es bei dem Konflikt im Ruhrbergbau gesehen hat, sogar das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten in Anspruch genommen, um zu verhindern, dass sich die Arbeiter gegen den Lohnabwehren. Wo jedoch die gewaltige Arbeitslosigkeit die Widerstandskraft der Arbeiter lähmt, da brauchen sich die Schlichtungsbehörden bis hinauf ins

Reichsarbeitsministerium nicht weiter anzustrengen. Der Zweck, die Senkung der Löhne, lässt sich auch so durchführen.

Zu den Gewerbebezügen, deren Lohnkonflikte nach Ansicht der massgebenden Stellen das allgemeine Wirtschaftsleben wenig berühren, gehört auch das Holzgewerbe. Bei den Unternehmern des Holzgewerbes bestehen offenbar starke Neigungen, die tariflichen Bindungen zu zerschlagen, um freie Bahn zu gewinnen für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Manche Tatsachen lassen den Schluss zu, dass diese Bestrebungen der Unternehmer von den Schlichtungsorganen verständnisvoll gefördert werden.

Ein beliebtes Mittel dafür ist die Verschleppung von Schlichtungsverhandlungen. Da wird der Termin für die beantragte Verhandlung unter allerlei Vorwänden möglichst weit hinausgeschoben. Dann stellen sich, wie gewünscht, Formfehler ein, die eine neue Vertagung notwendig machen. Um aber die Sache nicht zu schnell zum Abschluss zu bringen, werden zunächst noch einmal Vorverhandlungen anberaumt, von deren Ergebnislosigkeit der Schlichter ebenso überzeugt ist wie die Parteienvertreter. Die Unternehmer wünschen die Verschleppung, und dass die Korrektheit des Schlichters diesen Wünschen entgegenkommt, ist natürlich der reine Zufall. Es ist aber auch vorgekommen, dass der Schlichter die Schlichtungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, weil er die Fällung eines Schiedsspruchs für zwecklos hält.

Dass in der Handhabung des Tarifvertragsrechts im Reichsarbeitsministerium eine Änderung eingetreten ist, haben wir auch erfahren müssen bei der Behandlung von Anträgen auf Allgemeinverbindlichkeit. Bei solchen Anträgen ist bisher stets die überwiegende Bedeutung der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung sehr sorgfältig geprüft worden. In Gebieten, wo früher die Allgemeinverbindlichkeit ausgesprochen wurde, wird jetzt, obwohl in den Verhältnissen keine Änderung eingetreten ist, die beantragte Allgemeinverbindlichkeit abgelehnt. Die Folge ist, dass selbst an sich vertragswillige Unternehmerorganisationen keine Neigung zeigen, einen neuen Vertrag abzuschliessen. Sie fürchten ihre Organisation auseinanderzusprennen, wenn sie einen Vertrag schliessen, der nur die eigenen Mitglieder bindet, den Aussenseitern aber ermöglicht, ihnen durch niedrigere Löhne Schmutzkurven zu machen.

Es ist zweifellos auf eine allgemeine Anweisung zurückzuführen, dass den Lohnschiedssprüchen jetzt

allgemein eine sehr kurze Laufdauer gegeben wird. In solchen Fällen ist es meist zwecklos, die allgemeine Verbindlichkeit zu beantragen, da bis zur Erledigung der Formalitäten das Lohnabkommen vor dem Ablauf steht. Wird ein solcher Versuch doch unternommen, dann wird die Erledigung künstlich verzögert. In dem einen Fall werden Untersuchungen darüber angestellt, ob die getroffene Regelung auch für die Handwerksbetriebe die überwiegende Bedeutung habe. Man ist natürlich im Reichsarbeitsministerium nicht so weltfremd, um nicht zu wissen, dass im Holzgewerbe eine Trennung zwischen Industrie- und Handwerksbetrieb unmöglich ist. Aber mit dem Aufwerfen dieser Frage und den angestellten Untersuchungen, deren Ergebnislosigkeit von vornherein feststand, wird so viel Zeit vertrödel, dass man schliesslich die Allgemeinverbindlichkeit mit der Begründung ablehnen konnte, das in Frage stehende Abkommen sei gekündigt und stehe vor dem Ablauf.

Wir wollen es bei diesen Beispielen bewenden lassen, obwohl wir noch manche anführen könnten. Die Haltung der amtlichen Schlichtungsbehörden bei der Handhabung des Tarifvertragsrechts ist nicht einheitlich. Anscheinend ringen noch verschiedene Auffassungen miteinander, aber die augenblickliche Stellung des Reichsarbeitsministeriums ist unhaltbar. Das Reichsarbeitsministerium hat sich durch den wilden Ansturm der Scharfmacher gegen das Tarifrecht beeinflussen lassen. Wenn es ihm auch nicht völlig

nachgegeben hat, so ist es doch schwankend geworden; das erklärt seine widerspruchsvolle Haltung. Hoffentlich findet es jetzt eine klare Linie, nachdem der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten mit grosser Mehrheit beschlossen hat, „die Reichsregierung zu ersuchen, Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifvertrags abzuwehren“.

Der Beschluss des Reichstags bezieht sich auf das Tarifrecht, und man darf erwarten, dass damit die Pläne zur Verschlechterung dieses Rechts für absehbare Zeit abgetan sind. Es kommt aber bei dieser Materie nicht nur auf das formale Recht, sondern in höherem Masse auf seine Handhabung an. Es gibt weite Unternehmungskreise, bei denen die Tarifbegeisterung, die sie in der Zeit der Hochkonjunktur an den Tag legten, merklich nachgelassen hat. Das gilt insbesondere auch für viele Unternehmer des Holzgewerbes. Sie glauben in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit auf den Nutzen, den ihnen der Tarifvertrag gewährte, verzichten zu können. Man soll sich hüten, in der Arbeiterschaft die Meinung aufkommen zu lassen, als sei der Tarifvertrag lediglich ein Mittel, sie an der Ausnutzung einer günstigen Konjunktur zu hindern, während sie bei schlechtem Geschäftsgang trotz des geltenden Tarifvertragsrechts der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert sind. Eine Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums ist es, den Tarifgedanken in allen Bevölkerungskreisen zu stärken. Dazu gehört, dass es das Tarifvertragsrecht nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit handhabt, die man in letzter Zeit öfters vermissen musste.

Hilfsmassnahmen für Jugendliche

Die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen geht jetzt bereits in die Hunderttausende und sie wächst noch von Woche zu Woche. Das Brachliegen dieser von ehrlichster Schaffensfreude beseelten jungen Arbeitskräfte ist für die Volksgesamtheit eine schwere Gefahr. Wer trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung findet, verliert schliesslich die Freude an der Arbeit überhaupt. Dazu kommt die Zurücksetzung der Jugendlichen beim Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Wohl ist es den Gewerkschaften gelungen, einige Härten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zu beseitigen, die Jugendlichen erhalten aber noch nicht das, was ihnen Rechtens ist. So muss in den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen das Gefühl aufkommen, dass sie in keiner Beziehung vollwertige Glieder der Gesellschaft sind. Die grosse Gefahr, die hier unserer Zukunft droht, wird von der Öffentlichkeit allmählich erkannt. Örtlich, bezirklich und reichszentral sind Hilfsmassnahmen für die Jugendlichen im Gange.

Der Reichsarbeitsminister hat in einem Erlass vom 15. Oktober an die obersten Sozialbehörden der Länder für

diese Hilfsmassnahmen allgemeine Richtlinien aufgestellt. Das Schwergewicht der Arbeit, heisst es in diesem Erlass unter anderem, die an den Jugendlichen zu leisten ist, wird bei den örtlichen Stellen liegen müssen, die allein das für den Bezirk Notwendige und Mögliche zuverlässig beurteilen können. An zahlreichen Orten haben sich die interessierten Kreise bereits im Vorjahre zusammgefunden, um diese Aufgabe einheitlich und zweckmässig zu lösen. Wo solche Gemeinschaftsarbeit bisher nicht in die Wege geleitet ist, werden die Arbeitsämter sich dafür einsetzen, dass alle an der vorliegenden Aufgabe beteiligten Kreise beschleunigt zur Inangriffnahme der notwendigen Massnahmen zusammentreten.

Die Zusammensetzung der örtlichen Arbeitsgemeinschaften wird sich nach den besonderen örtlichen Verhältnissen richten müssen, insbesondere wird die Beteiligung des Arbeitsamts und der Berufsschule, des Jugendamts und des Wohlfahrtsamts sowie von Vertretern des Volkswirtschaftswesens, der Jugendpflege, geeigneter Jugendorganisationen und der freien Wohlfahrtspflege ge-

boten sein. Es wird Aufgabe der gemeinsamen Zusammenarbeit sein, für die Erfassung eines möglichst grossen Kreises von jugendlichen Sorge zu tragen, die Veranstaltungen aller Träger planmässig aufeinander abzustimmen und das Lehrprogramm so vielseitig zu gestalten, dass ein Anreiz zur Beteiligung geschaffen wird, der die Ausübung eines Zwanges auch dort entbehrlieh macht, wo er nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt werden könnte.

Dieses Ziel wird am besten durch eine Verbindung beruflicher Schulungsmassnahmen mit solchen jugendpflegerischen Charakters und innerhalb der beruflichen Massnahmen wiederum dadurch zu erreichen sein, dass dem jugendlichen Arbeitslosen in erster Linie die Möglichkeit praktischer Betätigung in der Werkstatt geboten wird. Die Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen wird im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen müssen.

Die Arbeitsämter sollen vorwiegend die Jugendlichen im Alter von 18 bis 31 Jahren betreuen, die Berufsschulen die jüngeren Jahrgänge.

Auf dem Gebiete der Jugendpfllege sollen vor allem Massnahmen zur körperlichen Erhaltung und solche zur Förderung der Allgemeinbildung getroffen werden. Den Jugendlichen sollen Turnhallen und Sportplätze mit ihren Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, ferner die Einrichtungen des Volksbildungswesens, wie z. B. Volksschulen, Volkbüchereien, Volksbildungsverbände.

Die Finanzierung der Hilfsmassnahmen geschieht, soweit es sich um berufliche Bildungsmaßnahmen handelt, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ihr sind für diesen Zweck vom Reichsarbeitsminister zunächst 950 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Der Betrag für andere Bildungsmaßnahmen steht noch nicht fest, der Reichsarbeitsminister hat aber entsprechende Summen angefordert. Sein Wunsch, dass auch die Länder und die Gemeinden sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen, ist berechtigt, leider wird von hier infolge der allgemeinen Finanznot nicht viel zu erwarten sein.

Am Schlusse seines Erlasses weist der Reichsarbeitsminister noch auf „die Möglichkeiten hin, die der freiwillige Arbeitsdienst in den Grenzen, die die geltenden Vorschriften ihm ziehen mussten, für die Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher bietet. Ich habe seinerzeit nach dem Inkrafttreten der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 23. Juli 1931 dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1 Million Mark zur Verfügung gestellt, die dazu dienen soll, solchen Jugendlichen, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, unter den Voraussetzungen des Artikels 5 der genannten Verordnung eine besondere Unterstützung aus Reichsmitteln zuzuwenden, wenn sie im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden.“

Wir hoffen, dass die Arbeitsbehörden von diesen Möglichkeiten recht selten Gebrauch machen, denn hierbei handelt es sich auch heute noch um sehr zweifelhafte Experimente. Im übrigen aber ist zu hoffen, dass die Richtlinien des Reichsarbeitsministers überall die nötige Beachtung finden. Es geht hier um die Zukunft unserer Jugendlichen und damit um die des ganzen Volkes.

Das Handwerk und der Kapitalismus

Das amtliche Organ des Handwerks- und Gewerbe-Kammertages, „Das deutsche Handwerk“, veröffentlicht an der Spitze seines vom 1. Oktober datierten Heftes 19 einen Aufsatz über „Förderung und Schutz des gewerblichen Mittelstandes“ von Dr. Philipp Hessel in Freiburg (Breisgau). Der Aufsatz verdient weniger seines Inhalts als der Stelle wegen, an der er veröffentlicht ist, Beachtung. Das um so mehr, als er in Innungsorganen, so z. B. in dem Organ der Tischler-Innung zu Berlin, „Das deutsche Holzgewerbe“, zustimmend abgedruckt wird. In dem Artikel heisst es u. a.:

„Was sich in unserer Gegenwart abspielt, ist — abgesehen von den durch den Krieg und seine Nachwehen hervorgerufenen Erschütterungen — der gigantische Kampf, vielleicht sogar der Endkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in den der gewerbliche Mittelstand als eigentlich unbeteiligter, aber leidtragender Puffer zwangsläufig hineingepresst ist. Dass hierbei die grössere Gefahr für den

Mittelstand nicht sosehr von seiten des Sozialismus allein, sondern von seiten des Kapitalismus, der Hochfinanz droht, wird merkwürdigerweise gerade im Handwerk noch zuwenig erkannt. (Rathenau: „Wir können uns den Luxus eines gewerblichen Mittelstandes nicht mehr erlauben.“)

Der Aufsatz übt dann Kritik an den Banken, „für die die Wirtschaft nur noch Mittel zum Zweck, d. h. zu Profitstreben ist“. Darin heisst es weiter:

„Die Grossbanken mit ihrer hochkapitalistischen Finanzherrschaft sind die eigentlichen Totengräber des Mittelstandes.“

Zum Schutze des Mittelstandes wird die Bankenaufsicht gefordert, ferner eine „grundlegende Neuregelung der Kartell- und Trustgesetzgebung nach der Richtung hin, dass übermässige und volkswirtschaftlich ungesunde Zusammenschlüsse überhaupt verboten werden“. Weiter muss „die schon längst fällige und so dringend notwendige Reform unseres Aktienrechtes erfolgen“. Die Hebung des Mittelstandes kann nur durch eine organisatorische Umstellung unseres Wirtschaftssystems erfolgen: „Abkehr von der rein profitbestimmten Wirtschaftsführung und wieder mehr Rückkehr zum Prinzip der Bedarfsdeckung.“ Der Mittelstand darf sich nicht durch Schlagworte wie „Staatssozialismus“ und „Planwirtschaft“ schrecken lassen. „Darüber muss man sich ein für allemal klar sein, dass wir eine sogenannte freie Wirtschaft im alten liberalistischen Sinne schon längst nicht mehr haben und auch nie mehr bekommen werden.“

Die in dem Aufsatz ausgesprochenen Gedanken sind, wie gesagt, nicht neu, merkwürdig ist es nur, dass der Handwerks- und Gewerbe-Kammertag durch die Placierung des Artikels zu erkennen gibt, dass er ihnen beipflichtet. Das hat ihn aber nicht gehindert, die gemeinsame Kundgebung der sogenannten Wirtschaftsverbände vom 29. September zu unterzeichnen. Die Forderungen, welche die Spitzenverbände der Unternehmer in Industrie und Handel unter der Führung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes erheben, werden vom Handwerks- und Gewerbe-Kammertag in dem gleichen Augen-

blick unterstützt, wo er sich zu den in dem skizzierten Artikel niedergelegten Ansichten bekennt! Eine solche Fertigkeit, sich gleichzeitig zu entgegengesetzten Anschauungen zu bekennen, ist nicht alltäglich. Man darf aber mit den Vertretern der organisierten Handwerksmeister nicht zu hart ins Gericht gehen. Passt doch auf sie das Bibelwort: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Der Wirtschaftsbeirat

In dem Regierungsprogramm, das der Reichskanzler am 13. Oktober vor dem Reichstag entwickelte, hat er auch Mitteilung von dem Beschluss gemacht, „einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in der wechselfollen Entwicklung der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf.“

Nunmehr wird die Liste der vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder des Wirtschaftsbeirats bekannt. Sie enthält 25 Namen, meist Vertreter des Unternehmertums in Industrie, Handel und Landwirtschaft, auch einige Handwerksmeister befinden sich darunter. Die Gewerkschaften sind in diesem Gremium durch 6 Mitglieder vertreten. Es sind das Grassmann und Egger vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Suhr vom AfA-Bund, Otte und Dr. Jahn vom christlichen Gewerkschaftsbund und Rössiger vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, der ein Glied des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrings ist.

Der Wirtschaftsbeirat ist auf den 29. Oktober zu seiner ersten Sitzung geladen, die unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden soll. Berechtigtes Aufsehen hat ein Artikel der „Kölnischen Zeitung“ erregt, der andeutet, dass es die Aufgabe des Wirtschaftsbeirats sei, eine Verschlechterung der geltenden Tarifverträge zu beschliessen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen haben im Hinblick darauf in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht, dass solche Pläne, wenn sie auch nur annähernd zutreffen, die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats ernstlich gefährden müssten.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das 2. Vierteljahr 1931

| Einnahmen | Für die Verbandskasse | | Für die Lokalkassen | |
|-------------------------------------|-----------------------|-----------|---------------------|-----------|
| | Mk. | Pl. | Mk. | Pl. |
| Beitritts-geld zu 100 Pf. | 2 068 | — | — | — |
| " " 50 | 353 | — | — | — |
| " " 10 | 123 | 10 | — | — |
| Beiträge zu 160 Pf. | 43 753 | 60 | — | — |
| " " 150 | 26 964 | — | — | — |
| " " 140 | 109 597 | 60 | — | — |
| " " 130 | 94 445 | — | — | — |
| " " 120 | 137 530 | 80 | — | — |
| " " 110 | 96 549 | 20 | — | — |
| " " 100 | 156 773 | — | — | — |
| " " 90 | 86 404 | 50 | — | — |
| " " 80 | 130 666 | 40 | — | — |
| " " 70 | 88 235 | — | — | — |
| " " 60 | 64 452 | — | — | — |
| " " 50 | 44 523 | 50 | — | — |
| " " 40 | 21 910 | — | — | — |
| " " 30 | 11 389 | 70 | — | — |
| " " 10 | 152 434 | 65 | — | — |
| Invalidenbeiträge | — | — | — | — |
| Lokalbeiträge | — | — | 450 350 | 20 |
| Lokalbeiträge nach § 15 des Statuts | — | — | 64 487 | 75 |
| Bezirksbeiträge | 2 836 | 96 | — | — |
| Zinsen | 69 838 | — | 17 216 | 04 |
| Sonstige Einnahmen | 1 984 | 64 | 71 245 | 43 |
| Ausgleich | 24 414 | 29 | 86 245 | 73 |
| Gesamteinnahmen | 1 384 419 | 24 | 689 545 | 15 |

| Ausgaben | Für die Verbandskasse | | Für die Lokalkassen | |
|--|-----------------------|-----------|---------------------|-----------|
| | Mk. | Pl. | Mk. | Pl. |
| Streiks und Aussperrungen | 450 565 | 20 | 43 222 | 11 |
| Lohnverhandlungen | 10 247 | 06 | 5 733 | 72 |
| Arbeitslosenunterstützung | 867 472 | 14 | — | — |
| Krankenunterstützung | 112 346 | 32 | — | — |
| Invalidenunterstützung | 207 373 | 40 | — | — |
| Reiseunterstützung | 7 233 | 90 | — | — |
| Umzugsunterstützung | 3 599 | — | — | — |
| Notfallunterstützung | 5 130 | — | 58 528 | 29 |
| Unterstützung in Sterbefällen | 31 988 | — | — | — |
| Gemassreguliertenunterstützung | 3 633 | 65 | — | — |
| Rechtsschutz und Prozesskosten | 7 557 | 92 | — | — |
| „Holzarbeiter-Zeitung“ | 81 966 | 19 | — | — |
| „Holzarbeiter-Jugend“ | 5 114 | 50 | — | — |
| „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ | 885 | 32 | — | — |
| Bibliotheken | 1 413 | 87 | — | — |
| Agitation und Bezirkskosten | 37 317 | 02 | 43 391 | 30 |
| Agitation durch die Gauvorstände | 99 487 | 18 | — | — |
| Druck- und Buchbinderarbeiten | 10 705 | 50 | 14 959 | 80 |
| Konferenzen und Delegationen | 1 336 | 20 | — | — |
| Verwaltungskosten (persönliche) | 74 920 | 10 | 251 932 | 95 |
| Verwaltungskosten (sachliche) | 47 177 | 35 | 82 975 | 37 |
| Einkassierung der Beiträge | — | — | 113 504 | 22 |
| An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund | 35 381 | 30 | 44 351 | 18 |
| An die Internationale Union der Holzarbeiter | 7 500 | — | — | — |
| Bezirksbeiträge | — | — | 2 836 | 96 |
| Versicherungsbeiträge | 23 457 | 42 | — | — |
| Zinsen | 38 691 | 40 | — | — |
| Sonstige Ausgaben | 4 178 | 88 | 62 859 | 56 |
| Ausgleich vom vorigen Vierteljahr | 40 532 | 94 | 76 809 | 65 |
| Gesamtausgaben | 2 217 211 | 76 | 801 105 | 11 |

Abschluss: Verbandskasse Lokalkassen
Gesamteinnahmen 1 384 419,24 Mk. Gesamteinnahmen 689 545,15 Mk.
Gesamtausgaben 2 217 211,76 Gesamtausgaben 801 105,11
Mehrausgaben 832 792,52 Mk. Mehrausgaben 111 559,96 Mk.
Der Kassierer: Emil Lehmann.

Geprüft und für richtig befunden. Berlin, den 8. Oktober 1931.
Die Revisoren: Hermann Urban. Franz Lowack. Theodor Miermeister.

Zur Abrechnung vom 2. Vierteljahr 1931

Die Mitgliederzahl betrug:

| im 1. Vierteljahr 1931 | im 2. Vierteljahr 1931 |
|--------------------------------|--------------------------------|
| 251 177 Männliche | 248 909 Männliche |
| 179 6 Weibliche | 16 925 Weibliche |
| 6 100 Jugendliche | 5 992 Jugendl. |
| 16 177 Lehrlinge | 14 386 Lehrlinge |
| Zus. 286 416 Mitglieder | Zus. 286 272 Mitglieder |

Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 5238, die der weiblichen um 1001, die der jugendlichen um 144 und die der Lehrlinge um 1761. Die Gesamtmitgliederzahl verringerte sich im 2. Vierteljahr um 9144.
Neuangenommen wurden 2068 männliche, 402 weibliche und 304 jugendliche Mitglieder sowie 1231 Lehrlinge, insgesamt 4005 Mitglieder.
Die Einnahme aus Beiträgen für die Hauptkasse ohne den Invalidenzuschlag betrug

1130366,60 Mk. Sie erhöhte sich gegenüber dem 1. Vierteljahr um 56032,30 Mk. Ebenso stieg die Einnahme aus dem Invalidenbeitragszuschlag um 8030,95 Mk. und aus Bezirksbeiträgen um 272,57 Mk.
Die erhebliche Verminderung der Einnahmen aus Zinsen ist darauf zurückzuführen, dass eine Outschrift seitens der Bank in Höhe von rund 100000,— Mk. nicht, wie sonst üblich, am 2. April, sondern am 31. März er-

folgte und dadurch schon im 1. Vierteljahr in Erscheinung trat.
Die Ausgabe für die Invalidenunterstützung stieg gegen das 1. Vierteljahr um 23971,95 Mk.
Die Ausgabe für Streikunterstützung verringerte sich um 890814,95 Mk., die für Arbeitslosenunterstützung um 1137545,56 Mk. und die für Krankenunterstützung um 81954,33 Mk.
Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug im 2. Vierteljahr 1931 1 707 146,59 Mk.

Streiflichter

Nazis und Streikbrecher

Die Nationalsozialistische Partei hat sich in der „Deutschen Hilfe“ eine eigene „Gewerkschaft“ geschaffen. Den Mitgliedern dieser Organisation ist es angeblich verboten, Streikbrecherarbeit zu leisten. Anlässlich des Buchdruckerstreiks bei der „Pretzer Zeitung“ wurden jedoch Mitglieder der „Deutschen Hilfe“ aufgefordert, sich bei dem Unternehmer als Streikbrecher zu melden, weil die Streikparole der Buchdrucker-Gewerkschaften angeblich nichts weiter sei als „sinntloses Gebell der Marxisten gegen eine deutsche Arbeitsstelle“. Zwei nationalsozialistische Schriftsetzer haben sich auch als Streikbrecher gemeldet. Ein dritter nationalsozialistischer Funktionär lehnte die ihm befohlene Streikbrecherarbeit mit der Begründung ab, dass sein Ehrgefühl ihm verbiete, seinen streikenden Berufskollegen in den Rücken zu fallen.

Wegen dieser für jeden ehrlichen Arbeiter selbstverständlichen Haltung wurde der Buchdrucker aus der Nationalsozialistischen Partei kurzerhand ausgeschlossen. Woraus hervorgeht, dass, wer Nationalsozialist sein will, im Bedarfsfall auch Streikbrecher sein muss.

Kommunistische Wünsche

Im Preussischen Landtag haben die Kommunisten am 12. Oktober folgenden Antrag gestellt:

1. Alle Verordnungen und Verfügungen über die Bewaffnung der Schutzpolizeibeamten sofort in der Weise zu ändern, dass Schuss- und Schwerekampfwaffen nicht mehr zur Verwendung kommen dürfen.

2. Den Gebrauch des Gummiknüppels zu verbieten. Sämtliche Schuss- und Schwerekampfwaffen sowie die Gummiknüppel sind sofort einzusammeln und unter Kontrolle von Vertretern der Erwerbslosen und der revolutionären Arbeiterorganisationen zu vernichten.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Ein dritter Absatz, wonach in der Folge die Polizei nur noch mit Salzstangen zu bewaffnen sei, ist offensichtlich infolge eines Versehens fortgeblieben.“ Hoffentlich wird der Antrag dahingehend ergänzt, sonst ist er die reine Pfluscharbeit.

S. M. Adolf I.

„Am Mittwochnachmittag ist Adolf Hitler in Berlin eingetroffen und residiert im „Kaiserhof“.“

So meldeten die Berliner Zeitungen der „nationalen Opposition“ am 15. Oktober. Vom gewöhnlichen Sterblichen sagt man, er wohnt irgendwo. Adolf Hitler aber residiert. Diesen Ausdruck gebrauchte man früher in bezug auf die Niederlassung eines Fürsten. Wie Wilhelm der Verilossene einst überall, wo er geruhte sich niederzulassen, seine Residenz hatte, so auch heute Adolf Hitler. In Berlin ist seine Residenz der „Kaiserhof“, das feudalste Hotel der Reichshauptstadt. Dort ist für den Führer der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei auch der richtige Platz. Denn hier trifft er die ehemaligen Majestäten aller Gattungen und Klassen, die Industriebarone, die Bankfürsten, den Landadel — kurz: alle seine Gesinnungsfreunde und Geldgeber.

Senkung der Hauszinssteuer

Durch die Notverordnung vom 6. Oktober wird die Hauszinssteuer vom 1. April 1932 an um 20 Prozent gesenkt. Das bedeutet aber keine Erleichterung für die Mieter, sondern lediglich eine Hilfe für die Hausbesitzer. Auf Grund einer früheren Bestimmung wird der Zinssatz für die Aufwertungshypotheken vom 1. April 1932 an von 5 auf 7 Prozent erhöht. Um ihnen die Zahlung der höheren Zinsen zu ermöglichen, erlässt das Reich den Hausbesitzern 20 Prozent der Hauszinssteuer. Das Reich hat sich sehr freigebig gezeigt. Nach einer Schätzung des Deutschen Städtetages hätten 15 Prozent der Hauszinssteuer reichlich genügt, um den Mehraufwand für Hypothekenzinsen zu decken. Die Notverordnung bringt also dem Hausbesitz ein Geschenk, das auf 80 bis 90 Millionen Mark geschätzt wird. Dafür wird den Arbeitslosen und sonstigen Bedürftigen, die von der Hauszinssteuer befreit sind, eine weitere Last auferlegt insofern, als sich die Befreiung künftig auf einen um 20 Prozent herabgesetzten Betrag erstreckt. Von einer Senkung der Mieten, auch der

unerträglich hohen Neubaumieten, ist keine Rede. Die Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter wird den Fürsorgeverbänden überlassen, aber leider werden ihnen dazu keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Der eigentliche Zweck der Hauszinssteuer war es, aus den Abgaben der Wohnungsinhaber Mittel zu beschaffen zum Bau von Wohnungen für die vielen, die keine Wohnung haben. Diesem eigentlichen Zweck ist die Hauszinssteuer immer mehr entfremdet worden, und durch die neue Notverordnung wird so ziemlich der ganze Rest aus dem Ertrage der Hauszinssteuer, der noch für den Wohnungsbau zur Verfügung stand, diesem Zweck entzogen. Für den städtischen Wohnungsbau sollen überhaupt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern nur noch für die landwirtschaftliche Siedlung und die Siedlung in der Umgegend von Städten und Industriegemeinden.

Diese vorstädtische Siedlung soll kräftig gefördert werden. Allerdings sollen nur geeignete Personen als Kleinsiedler angesetzt werden. Die Arbeiten zur Aufschliessung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Baulichkeiten sollen als gemeinnützig und zusätzlich anerkannt werden. Das heisst, es sind Objekte für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Der Gedanke, die Siedlung zu fördern, ist schön und gut, aber die Bestimmungen der Notverordnung, die sich auf diesen Gegenstand beziehen, bedeuten zugleich eine fast völlige Abdrosselung des Baugewerbes. Schon im letzten Jahre hat das Baugewerbe unter einer katastrophalen Arbeitslosigkeit gelitten, die neue Notverordnung bewirkt, dass im nächsten Jahre die Arbeitslosigkeit einen noch weit grösseren Umfang annehmen wird. Bei der Bedeutung, die das Baugewerbe für zahlreiche andere Berufe hat, werden die Hoffnungen auf eine baldige Belebung der Wirtschaft durch den vierten Teil der Notverordnung stark herabgemindert.

Gemeinsame Beratungen der Spitzengewerkschaften

Die Vorgänge der jüngsten Zeit, das Pronunziamento der Unternehmerverbände, der Ansturm der Reaktion gegen das Kabinett Brüning, der im Grunde ein Ansturm gegen die Sozialpolitik war und die Niederdrückung der Gewerkschaften zur Sicherung der Alleinherrschaft des Unternehmertums zum Zweck hatte, hat die Spitzengewerkschaften aller Richtungen zu gemeinsamer Abwehr zusammengeführt. Die „Gewerkschafts-Zeitung“ beschränkt sich in ihrer Nummer 42 auf folgende Mitteilung:

„Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen, einschliesslich der Beamtenbünde, kamen am 12. Oktober zu einer Besprechung zusammen. In erster Linie galt die Besprechung der Abwehr der Gefahr, die durch die Umsturzpläne der Reaktion insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden ist. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“

Existenzbedrohung der Arbeitsinvaliden

Ausgestattet mit der einwandfreiesten Legitimation, gedeckt von gewichtigen moralischen Argumenten, fordern die Arbeitsinvaliden von der Gesellschaft eine wenn auch nur bescheidene, aber doch gesicherte Existenz. Ihren Rechts- und moralischen Anspruch begründen: Beitragszahlung zu den Sozialversicherungen und gesellschaftsnützliche Arbeit, bis die müde Hand nicht mehr konnte, die Kräfte im Dienste der Berufstätigkeit zermürbt waren.

Den einen traf plötzlich das Schicksal eines Unfalles, der andere genoss das „Glück“, jahrzehntelang dem Kapital frondieren zu dürfen. Keiner konnte Reichtümer sammeln. Der Lohn reichte nur zur Fristung eines proletarischen Daseins. Zwangseinsparungen von Lohn, für die Sozialversicherung, sollten der Arbeitsinvaliden Existenz für die Tage der Arbeitsunfähigkeit sichern. Aber recht bescheiden waren und blieben die Leistungen aus der Versicherung für die Dauerinvaliden. Berechtigte Beschwerden über Benachteiligung und Verschlechterungen im Spruchverfahren fanden nie das geneigte Gehör wie z. B. Subsidien heischende und erlangende Grossgrundbesitzer, Industrieherrn, in den Bankrott gewirtschaftete Grossunternehmen. Und nun werden die Arbeitsinvaliden durch die nicht misszuverstehende Ankündigung von Verbilligungsmassnahmen in der Unfall- und Invalidenversicherung beunruhigt, zum Abwehrkampf gezwungen.

Leistungen und Lage der Invalidenversicherung

Die Arbeitsinvaliden sind wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Die Invalidenrente beträgt im Durchschnitt 37 Mk., die Witwenrente 23 Mk. im Monat. Wer 35 Jahre lang zur höchsten Beitragsklasse gesteuert hat, bezieht als Invalide rund 60 Mk. Ein Drittel der Invalidenrentner bleibt mit seiner Rente unter den Fürsorgesätzen. Heute schon. Darf man sich da ernsthaft noch mit Leistungsabbau beschäftigen als verantwortungsvoller Regierungstätigkeit? Eine finanzielle Sanierung der Invalidenversicherung war allerdings längst notwendig.

Nicht Grossrenten, sondern Inflation und Auswirkungen der Wirtschaftsanarchie, Schuldtitel der kapitalistischen Kreise, brachten die Invalidenversicherung an den finanziellen Gefahrenpunkt. Ihr Vermögen, 1914 rund 2105 Millionen Mark, schrumpfte durch die Geldentwertung auf 254 Millionen Mark 1924 zusammen, hob sich bis Ende 1930 wieder auf 1600 Millionen Mark. Aber mittlerweile verschob sich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben so einschneidend, dass für das laufende Jahr bereits mit Mehrerfordernissen in Höhe von 60 Millionen Mark gerechnet wird. Ohne Einnahmesteigerung würde bei der bisherigen Entwicklung die Substanz bald verzehrt sein.

Das Unternehmertum jedoch drängt auf Leistungsabbau. Bisher waren solche Forderungen bei der Regierung leider allzu erfolgreich. Die Einnahmesenkung ist zum Teil die Folge direkten Beitragsrückganges durch Verkleinerung der Belegschaften, weiter aber auch durch verstärkten Verkauf von Beitragsmarken der unteren Lohnklassen, eine Zwangsläufigkeit, die sich aus Lohnkürzungen und Kurzarbeit ergibt. So bescheiden die Renten sind, ihre starke Zunahme liess die Ausgaben doch kräftig ansteigen. Die Zahl der Invaliden-, Kranken- und Altersrentner stieg von 1,75 Millionen 1926 auf 2,19 Millionen am 1. Oktober 1930, die der Witwenrenten gleichzeitig von rund 280 000 auf 621 000. Der Staat, der hier mit notwendigen Reformen in Verzug geraten ist, der die Zahlung phantastischer Gehälter und Grosspensionen duldet, sogar selbst praktiziert, hat nicht das Recht, für Sünden anderer die Arbeitsinvaliden mit der Peitsche der Renten kürzung zu züchtigen.

Pläne um die Unfallversicherung

Von den Organisationszentralen der Scharfmacher sind die auf eine scharfe Rückwärtsreform der Unfallversicherung zielenden Forderungen den Reichsstellen zugeleitet worden. Die Hauptforderungen sind: Fortfall der Wegeunfälle und der kleinen Renten, Kürzung der laufenden Renten, Beschränkung der Berufsfürsorge, Zwangsrentenabfindung, Beseitigung unentgeltlicher Rechtspflege und starke Belastung der Krankenkassen mit Unfallkosten. Jede einzelne Forderung bedeutet in ihrer Wirkung ein Geschenk an das Kapital. Auf Kosten der Unfallopfer wollen die Unternehmer Millionen einsparen.

Das Unfallversicherungsgesetz entsprach dem Bedürfnis und der Anregung aus der Grossindustrie. Ihre hohe Unfallquote als Folge langer Arbeitszeiten, wilder Antreiberei bei dem Fehlen von Unfallverhütungsmassnahmen belastete besonders die Montan- und Hüttenwerke ziemlich erheblich. Die Betriebseigner mussten für Unfallschäden auf Grund des Haftpflichtgesetzes aufkommen. Um sich den finanziellen Folgen der Betriebsunfälle zu entziehen und zugleich auf Kosten anderer zu sparen, verlangten sie die Versicherung mit Einbeziehung auch der Unternehmen mit geringeren Unfallquoten. Die Gestaltung des Gesetzes, das z. B. auch die Krankenkassen mit Unfallkosten belastet, entsprach den Wünschen der Schwerindustrie.

Die Kosten werden vom Unternehmertum im Umlageverfahren aufgebracht; sie bilden einen kleinen Teil der Gestehungskosten. Im Jahre 1913 betrug der für Entschädigungszahlungen aufzubringende Betrag pro versicherte Person bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 16 Mk., im Jahre 1925 nur 15 Mk. Die Kosten für die gesamten Unfallfolgen machen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften für das Jahr 1929 rund 28 Mk. auf den Vollarbeiter aus, pro Tag und Vollarbeiter noch nicht 8 Pf. Aber auch hier will man noch durch Renten kürzung und stärkere Belastung der Krankenkassen mit Unfallkosten sparen, wobei gleichzeitig die Arbeiter als Beitragszahler für die Krankenkassen Leistungsverpflichtungen der Unternehmer übernehmen müssten. Auch gegenüber solchen Plänen ist Protest geboten.

Die kranke Knappschaftsversicherung

Noch schwerer als die Invalidenversicherung ist dieser Zweig der Sozialversicherung durch die geschilderten Verhältnisse finanziell invalide geworden. Von 1924 bis 1931 hat die Rationalisierung den Mitgliederbestand der Knappschaftsversicherung von rund 750 000 auf 500 000 vermindert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Pensionäre von rund 63 000 auf 200 000, die der Witwenrenten von 84 000 auf 100 000. Zu Anfang 1931 entfiel schon auf zwei Beitragszahler eine zu leistende Pensionseinheit. Ein unmöglicher Zustand. Schon einmal hat man durch Leistungsabbau reformiert, eine Fortsetzung dieser Praxis ist unmöglich. Die Sanierung der Knappschaftsversicherung ist nur möglich durch Einführung einer Produktionsabgabe auf die Kohlenförderung. Das Kapital will aber Rentenabbau. Das ist ein hässlicher, aufreizender, sozialreaktionärer Text zu den schönen, vielgesungenen Liedern zum Lobe des Knappen, zum Preise der Bergarbeit. W. D.

Schwestern! Brüder!

Schwester, reich uns deine Hände,
Bruder, reich uns deine Hand,
Und wir schaffen Menschheitswende
Kämpfend uns durch den Verband.

Schwester, deine Kinder hungern,
Dich umlauern Sorge, Not,
Und du brichst mit müden Händen
Deinen Kindern kärglich Brot.

Schau, auch du musst zu uns kommen,
Mutterliebe gibt dir Mut.
Werde Mitglied im Verbande!
Komm zu uns, denn du kämpfst gut.

Bruder, steh nicht feig beiseite,
Abseits stehen noch zuviel,
Und die Unternehmer haben
Mit dir noch zu leichtes Spiel.

Doch wenn wir zusammenstehen,
Wenn wir schreiten Hand in Hand,
Schaffen wir uns bessere Löhne,
Ferien durch den Verband.

Kameradin, Weib und Mutter
Bist du, Schwester, und du schenkst
Deinen Lieben frohe Zukunft,
Wenn du mit uns kämpfst und denkst.



Bruder, hilf zum grossen Werke,
Denn wir brauchen jede Hand.
Wirb, dass alle Lauen, Müden
Mitglied werden im Verband.

Erst wenn alle Schwestern, Brüder
Kämpfer sind in unsern Reih'n,
Wird das Volk der Arbeit siegen!
Wird die Zukunft unser sein! Karl Benascheck



Aus dem Verbandsleben



August Hartung im Ruhestand

Das Wort vom wohlverdienten Ruhestand kann wohl bei niemand mit grösserem Recht angewendet werden als bei August Hartung, der mit dem 1. November aus dem aktiven Dienst des Verbandes scheidet. Ungern verlässt er sein Amt, in dem er mit so viel Eifer und Hingabe gewirkt hat. Er folgt einer höheren Gewalt. Die Beschwerden des Alters machen sich bei ihm empfindlich bemerkbar, Krankheit macht es ihm unmöglich, den Pflichten seines Amtes so nachzukommen, wie er es gern gewollt hätte.



Mit August Hartung verliert unser Verband seinen ältesten Gauvorsteher. Mit der Einführung des Instituts der besoldeten Gauvorsteher in unserem Verband wurde Hartung am 1. Januar 1901 in dieses Amt berufen. Durch die Anstellung als Gauvorsteher wurde er aber lediglich freigestellt für eine Tätigkeit, die er schon lange ehrenamtlich ausübte.

Schon bald nach der Gründung unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wurden in verschiedenen grösseren Städten Agitationskommissionen ins Leben gerufen, die die Aufgabe hatten, die Werbetätigkeit für den Verband über den eigenen Ort hinauszutragen. So wurde auch in Elberfeld eine Agitationskommission gebildet, die es sich zur Aufgabe machte, das rheinisch-westfälische Gebiet zu bearbeiten. Im Jahre 1896 wurde Hartung Vorsitzender der Agitationskommission, und auf den alljährlich stattfindenden Bezirkskonferenzen wurde er regelmässig wiedergewählt. Seit 35 Jahren ist also August Hartung der Leiter der Agitation in Rheinland-Westfalen, und wenn er jetzt von seinem Amte zurücktritt, dann kann er mit Stolz sagen, dass er zu der Entwicklung des Verbandes und der Ge-

werkschaftsbewegung im rheinisch-westfälischen Gebiet wesentlich beigetragen hat.

August Hartung ist am 23. August 1866 in Dippach in Thüringen geboren. Als junger Tischler ging er auf die Wanderschaft, und in Elberfeld wurde er heimisch. Dort war zunächst auch der Sitz des Gauvorstandes, der im Jahre 1906 der günstigeren geographischen Lage wegen nach Düsseldorf verlegt wurde. Die Entwicklung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und darüber hinaus der Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen ist auf das engste mit dem Namen August Hartung verbunden. In unserem Verband, bei den internen Beratungen in den Gauvorsteherkonferenzen und später im Beirat wurde Hartungs Rat hoch bewertet. Der „Altgeselle“ der Gauvorsteher, wie er sich gern nannte, erfreute sich, wie in seinem Gau, so auch in der Verwaltung des Verbandes hohen Ansehens.

Hartungs früher so robuste Gesundheit hat in den letzten Jahren manches zu wünschen übrig gelassen. So hat er sich denn mit schwerem innerem Widerstreben entschlossen, nach der Vollendung seines 65. Lebensjahres sein Amt jüngeren Kräften zu überlassen. Er scheidet jetzt aus dem aktiven Verbandsdienst aus in dem Bewusstsein, sein Bestes für die Organisation getan zu haben. Mit dem Dank für seine Tätigkeit verbinden wir den Wunsch, dass ihm noch ein langer, freundlicher Lebensabend beschieden sein möge.

Lohnbewegung im Holzgewerbe

Die Taktik der Unternehmerorganisationen bei den Verhandlungen über die Erneuerung der von ihnen gekündigten Lohnabkommen ist nicht einheitlich. Anscheinend ist das Streben der Zentralstellen darauf gerichtet, einen vertraglosen Zustand herbeizuführen, doch wird diese Parole nicht allgemein befolgt. Aber auch dort, wo die bezirklichen Unternehmerorganisationen verhandlungsbereit und vertragswillig sind, erschweren ihre exorbitanten Abbauforderungen die Verständigung ungemein. Aus den einzelnen Bezirken liegen die folgenden Mitteilungen vor:

Bayern

Die Verhandlungen vor dem Landeschlichter am 7. und am 16. Oktober sind ergebnislos geblieben. Der Arbeitgeberverband wehrt sich gegen eine neue tarifliche Lohnregelung, weil er in der Ablehnung des Antrages auf Allgemeinverbindlichkeit des letzten Lohnabkommens durch das Reichsarbeitsministerium einen Schlag gegen seine Organisation erblickt. Dadurch werden die Aussenseiter bevorzugt. Der Arbeitgeberverband müsse seine Auflösung in Erwägung ziehen, wenn man ihn zu einer neuen tariflichen Bindung zwingt.

Die am 22. Oktober vor dem Schlichter geführten Verhandlungen endeten mit einem Schiedsspruch, durch welchen das am 25. September abgelaufene Lohnabkommen bis zum 23. Oktober verlängert wird. Ab 24. Oktober wird der Tariflohn an der Spitze um 6 Pf. herabgesetzt; er beträgt dann in Ortsklasse II 104 Pf.; in München 109 Pf. Erstmals kündbar zum 31. Januar 1932.

Provinz Brandenburg

Am 16. März d. J. ist vom Schlichtungsausschuss Potsdam ein Schiedsspruch gefällt worden, der den Lohn bis zum 30. September verzögert. Der Mantelvertrag wurde bis zum 29. Februar 1932 verlängert. Dieser Schiedsspruch wurde am 1. April vom Schlichter für verbindlich erklärt. Der alsdann eingereichte Antrag auf Allgemein-

verbindlichkeit wurde vom Reichsarbeitsministerium verschleppt. Obwohl der Mantelvertrag und die früheren Lohnabkommen nach gründlicher Prüfung für allgemeinverbindlich erklärt worden waren, wurden nun wieder endlose „Ermittlungen“ angestellt. Schliesslich machte das Reichsarbeitsministerium am 9. September den Vorschlag, die Handwerksbetriebe aus der Allgemeinverbindlichkeit herauszulassen, die man für die Industriebetriebe auszusprechen bereit war.

Inzwischen hatten aber die Unternehmer das Lohnabkommen bereits wieder zum 30. September gekündigt. Deshalb wurde dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, dass man auf dessen Allgemeinverbindlichkeit nunmehr verzichte, nicht aber auf die Allgemeinverbindlichkeit des Mantelvertrages. Seinen Abschluss fand das nicht sehr erhebende Schauspiel durch ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums vom 28. September, in welchem dieses mitteilt, dass es, da die Allgemeinverbindlichkeit für das Lohnabkommen nicht mehr in Frage kommt, auch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Mantelvertrages ablehnt. Das Reichsarbeitsministerium stellt aber in Aussicht, sein anmutiges Spiel mit der Prüfung der Verhältnisse fortzusetzen, wenn ein neuer Bezirkslohntarif zustande kommen und dessen Allgemeinverbindlichkeit beantragt werden sollte.

Die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen sind inzwischen aufgenommen, haben aber noch zu keinem Ergebnis geführt.

Ostpreussen

Der Versuch der Unternehmer, diktatorisch einen 10prozentigen Lohnabbau durchzuführen, hat in einer Anzahl von Betrieben in Königsberg und Tilsit zur Arbeitseinstellung geführt. In anderen Orten der Provinz haben die Unternehmer angesichts des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter auf die Durchführung ihrer Absicht verzichtet. Inzwischen ist das tarifliche Lohnamt unter dem Vorsitz eines Unparteiischen

zusammengetreten. Der am 22. Oktober gefällte Schiedsspruch setzt den Spitzendurchschnittslohn ab 23. Oktober von 103 auf 97 Pf. herab. Diese Regelung soll bis zum 31. Dezember gelten, und wenn sie nicht gekündigt wird, bis zum 31. März 1932.

Bremen

Die am 13. Oktober unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Völker geführten Verhandlungen waren insofern interessant, als der Schlichter erklärte, dass ihm die Fällung eines Schiedsspruchs in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unangebracht erscheine. Aus diesem Grunde vertagte er die Durchführung des beantragten Schlichtungsverfahrens auf unbestimmte Zeit.

Düsseldorf

Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses setzt den im Frühjahr abgelaufenen Mantelvertrag wieder in Kraft und ermässigt den Tariflohn von 119 auf 113 Pf. mit Wirkung bis 31. Dezember 1931.

Mit der Firma Gebr. Schöndorff wurde gesondert verhandelt. Der Mantelvertrag ist bis 30. Juni 1932 verlängert. Der Tariflohn wurde gleichfalls bis 31. Dezember 1931 auf 113 Pf. festgesetzt.

Hamburg

Die Schlichterkammer hat am 19. Oktober einen einstimmigen Spruch gefällt. Der Tariflohn wird von 123 auf 116 Pf. gesenkt, die Akkordpreise werden um 7 Prozent gekürzt. Laufdauer bis 15. Februar 1932.

Köln

Die Parteien haben in freier Vereinbarung ein Abkommen getroffen, durch welches der Tariflohn mit Wirkung bis 31. Dezember 1931 von 122 auf 115 Pf. herabgesetzt wird.

Freistaat Sachsen

Die Erfüllung des Antrages unserer Kollegen auf Einsetzung eines Sonderschlichters durch das Reichsarbeitsministerium hat sich ziemlich verzögert. Schliesslich wurde der Schlichter Dr. Hauschild mit dieser Mission betraut. In der Verhandlung lehnte der Arbeitgeberverband jede tarifliche Regelung ab. Merkwürdigerweise waren die Unterverbände des Arbeitgeberverbandes trotz des dahingehenden Antrages nicht geladen worden. Aus diesem Grunde musste die Verhandlung vertagt werden.

Schleswig-Holstein

Die Verhandlungen vor dem Landeschlichter haben noch kein Ergebnis gezeigt; sie sind vertagt worden.

Württemberg

Der am 31. Juli vom Schlichtungsausschuss Stuttgart gefällte Schiedsspruch, der den Tariflohn an der Spitze von 113 auf 107 Pf. herabsetzt, ist vom Schlichter am 13. August für verbindlich erklärt worden. Von der Befugnis, das Abkommen mit sechswöchiger Frist zu kündigen, haben die Unternehmer Gebrauch gemacht. Das Lohnabkommen läuft also Ende November ab.

Sachsen-Anhalt

Der vom Magdeburger Schlichtungsausschuss gefällte Schiedsspruch, der einen Abbaa des Tariflohnes um 9 Pf. an der Spitze vorsah, ist von unseren Kollegen abgelehnt worden. Ein am 15. Oktober vom Regierungspräsidenten unternommener Vermittlungsversuch blieb erfolglos. Es scheint, dass die Unternehmerorganisation, die „Interessengemeinschaft“, in der Auflösung begriffen ist, so dass nunmehr betriebliche Vereinbarungen getroffen werden müssen.

Südwestdeutsche Bürsten- und Pinselindustrie

Für die südwestdeutsche Bürsten- und Pinselindustrie hat der Schlichtungsausschuss Freiburg i. Br. am 13. Oktober einen Schiedsspruch gefällt, durch welchen der abgelaufene gewesene Manteltarif vom 1. August 1927 mit der Zusatzvereinbarung vom 16. Juni 1928 wieder in Kraft gesetzt wird, doch wird der Urlaub auf die Hälfte

verkürzt. Der Vertrag ist bis 30. April 1932 unkündbar. Die Tariflöhne werden mit Wirkung bis 31. Januar 1932 an der Spitze in der Ortsklasse A um 5 Pf., in den Ortsklassen B und C um je 4 Pf. gesenkt. Sie betragen ab 19. Oktober in den drei Ortsklassen 75, 68 und 62 Pf.

Unternehmerfreundlichkeiten

Die Erdmannsdorfer Möbelfabrik ist seit ungefähr 1½ Jahren von der Firma Thonet AG., Sitz Wien, gepachtet. Ausser den bekannten Bugmöbeln werden von den zum Thonet-Mundus-Konzern gehörigen Betrieben noch allerlei andere Gegenstände hergestellt. Dabei werden die Betriebe in Deutschland aus zollpolitischen Gründen von den Konzernbetrieben in der Tschechoslowakei und in Mähren mit Halbfabrikaten beliefert. Der Hauptbetrieb für Ladenmöbel ist in Koritschau in der Tschechoslowakei, dort sollen 600 bis 800 Arbeiter beschäftigt sein. In Erdmannsdorf sind zeitweise 30 bis 40, zurzeit nur 20 Kollegen beschäftigt. Die aus Koritschau kommenden Waren, zum Beispiel Ladentische, sind schon so weit fertig, dass sie nur noch geschliffen, gebeizt und verglast zu werden brauchen. Es werden aber auch Vitrinen und Klappschränke für Büro- und Ladenräume hergestellt. Diese Waren gehen dann als deutsches Fabrikat in den Handel.

Im Erdmannsdorfer Betrieb herrscht grosse Schinderei, und es ist unseren Kollegen fast nicht möglich, in Akkord über den im Frühjahr 1931 auf 85 Pf. herabgesetzten Stundenlohn für Facharbeiter hinauszukommen. Nun hatte aber der Herr Direktor Palzer aus Frankenberg a. d. Eder, welchem auch der Erdmannsdorfer Zweigbetrieb untersteht, die Freundlichkeit, unseren Kollegen mitteilen zu lassen, dass die Stundenlöhne für Facharbeiter auf 50 Pf. gesenkt werden müssten, sonst würde der Betrieb in Erdmannsdorf stillgelegt und alles in der Tschechoslowakei hergestellt. Von unseren Kollegen wird natürlich diese Zumutung entschieden abgelehnt. Sollte aber die Firma ihren Plan weiterverfolgen, in Deutschland tschechische Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen, dann würden wir uns für verpflichtet halten, an die deutschen Auftraggeber, besonders an die Verwaltungsbehörden, die Anfrage zu richten, ob es zu verantworten wäre, eine solche Schädigung der deutschen Arbeiter und der Holzindustrie wie auch der Stahlmöbelindustrie in Deutschland noch zu unterstützen. X. K.

Verwaltungsstelle Bonn

Bei dem durch die schlimme Wirtschaftslage verursachten allgemeinen Rückgang ist es doppelt erfreulich, berichten zu können, dass es in Bonn vorwärtsgeht und unsere Mitgliederzahl auf mehr als 1000 gestiegen ist; auch die Kassenverhältnisse haben sich gebessert. Das ist auf die stärkere Beschäftigung der Möbelfabriken zurückzuführen. In der Mitgliederversammlung, die den Bericht über das abgelaufene Vierteljahr entgegennahm, beschäftigte man sich u. a. mit der kommunistischen RGO., die auch hier versucht, Boden zu gewinnen. Es handelt sich durchweg um Leute, die ob ihrer bekannten Beitragsscheu bekannt sind. Sie können tüchtig auf die Gewerkschaft schimpfen, aber ihr Wirken gereicht nur den Unternehmern zum Vorteil. Sie werden von den Kollegen als Schädlinge betrachtet und entsprechend gewertet. — Vor Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fand eine Ehrung von 16 Kollegen statt, die auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken können. Der Bevollmächtigte gedachte in einer kurzen Ansprache der Verdienste der Jubilare um die Organisation und überreichte ihnen im Auftrage des Vorstandes die Ehrenurkunde. Diese Feierstunde schloss mit einem Hoch auf den Verband und die Jubilare.

Mit Zufahren dieses Nummern
ist die 44. Wohlfahrtsweg, Kölling



Holzindustrie



Ein neuer Vorstoss der Waldbesitzerverbände

Der Reichsforstwirtschaftsrat und der Reichsverband deutscher Waldbesitzerverbände veröffentlichten eine neue Denkschrift über die Lage der deutschen Forstwirtschaft. Ihre letzte ging der Reichsregierung im Dezember 1930 zu; sie ist in diesen Spalten (Nr. 9/1931) ausführlich behandelt worden. Was wir damals schrieben, gilt auch für die neue Aktion der Waldbesitzer: sie arbeiten mit Halbwahrheiten und Übertreibungen.

Die Denkschrift verweist eingangs auf ihre Vorgängerin vom Dezember 1930, die Wege zur Abhilfe der Not der deutschen Forstwirtschaft gewiesen und dringend um Einleitung der erforderlichen Hilfsmassnahmen gebeten habe. „Geschehen aber ist darauf fast nichts.“ Wohl sei das deutsch-polnische Holzabkommen nicht verlängert worden und wohl hätten einzelne Ministerien des Reiches und der Länder die bevorzugte Verwendung deutschen Holzes bei staatlichen und mit staatlichen Mitteln unterstützten Bauten empfohlen, „aber die grosszügige Hilfe auf handelspolitischem und eisenbahntariflichem Gebiete und auf dem Gebiete des inneren Marktes, die notwendige, wirklich durchgreifende Hilfe ist ausgeblieben. Keine Erhöhung der Holz- und Holzwarenzölle, keine Zollkontingentierung, keine Vereinbarung mit Russland wegen Beschränkung seiner Holzzufuhr schützt die deutsche Forstwirtschaft vor übermässigem, preisdrückendem Holzimport. Keine Frachtsenkung für Holz, auch nicht für die geringwertigen Sorten wie Gruben- und Stollenholz, keine Ermässigung der Nahtarife hat die Frachtkosten wieder in ein angemessenes Verhältnis zum Werte der forstlichen Erzeugnisse zu bringen versucht. Kein Abbau der Durchfuhrtarife für Auslandsholz erleichtert die Konkurrenz für deutsches Exportholz gegen osteuropäisches und nordisches Holz im Westen Europas. Kein gesetzlicher Verwendungszwang für das Holz bewahrt den inneren Markt, insbesondere den Papierholzmarkt, vor Zerrüttung durch ausländische Schleuderangebote. Keine finanzielle Unterstützung von seiten des Reiches fördert Holzpropaganda und Holzforschung. Es ist beschämend wenig für die deutsche Forstwirtschaft getan worden.“

Die Folge davon sei eine weitere Verschärfung der Absatzkrise der Forstwirtschaft. „Hunderttausende von Festmetern deutschen Holzes lagen noch im Juli/August unverkauft im deutschen Walde.“ An einer anderen Stelle der Denkschrift wird die jetzt noch unverkaufte Holzmenge auf 2 Millionen Festmeter geschätzt. Im Dezember 1930 schätzten die Waldbesitzer die damals unverkaufte Menge auf 8 Millionen Festmeter. Aus diesen Vergleichszahlen geht hervor, dass heute erfreulicherweise nur noch etwa ein Viertel soviel Holz unverkauft im Walde liegt wie um die Jahreswende 1930/31. Dabei ist jedoch zu beachten, dass damals die Einschlagszeit fast vorbei war, während wir jetzt kurz vor Beginn des neuen Einschlages stehen; in drei Monaten wird also wahrscheinlich mehr Holz im Walde liegen als gegenwärtig.

Immerhin will uns scheinen, dass die Absatzverhältnisse für Rundholz heute nicht mehr ganz so ungünstig sind wie vor etwa einem Jahre. Von einem flochten Geschäft kann natürlich keine Rede sein, ebensowenig aber von „einem fast völligen Stillstand“. Die Absatzbelegung ist zweifellos eine Folge des starken Einfuhrückganges. In der Denkschrift wird zugegeben, dass die Holzeinfuhr gegenüber früheren Jahren „eingeschränkt“ worden ist, sie „laufe aber doch noch stark absatzhemmend und preisdrückend weiter“. Gegenüber 1930 sei im ersten Halbjahr 1931 die Nutzholzeinfuhr um rund 45 Prozent zurückgegangen. Dieses Eingeständnis ist den Waldbesitzern bestimmt sehr schwe-

gefallen, denn diese Tatsache passt ihnen gar nicht in den Kram. Und dennoch sagt diese Zahl nur die halbe Wahrheit. Dem aufmerksamen Leser der Denkschrift wird auffallen, dass die Waldbesitzer bei den Aussenhandelsvergleichen von 1930 ausgehen, während für die Preisvergleiche das Jahr 1928 als Grundlage dient. Das hat natürlich seine Gründe: 1928 hatten wir die höchsten Holzpreise und 1930 die kleinste Einfuhr der letzten Jahre. Sie suchen sich eben die für ihre Zwecke besten Jahre heraus. Geht man von der Holzeinfuhr 1928 aus, so betrug im ersten halben Jahre 1931 die Einfuhr nur noch reichlich 30 Prozent der damaligen Menge. Dieser Einfuhrückgang ist wesentlich grösser als der Beschäftigungsrückgang in der Holz- und Bauindustrie: Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren in der Holzindustrie 1928 durchschnittlich 88,0 und im ersten Halbjahr 1931 48,6 Vollbeschäftigte; für die Bauindustrie lauten die Zahlen 80,7 und 32,1. Es stimmt also auch heute nicht, dass die Geschäftslage in den wichtigsten holzverarbeitenden Industrien sich stärker verschlechtert hat, als die Holzeinfuhr zurückgegangen ist. Richtig ist vielmehr, dass die Holzeinfuhr sich ziemlich genau dem jeweiligen Bedarf der Wirtschaft anpasst. Dazu bedarf es keiner Zollerhöhungen und sonstiger Einfuhrbeschränkungen.

Im Dezember 1930 zeigte die Holzeinfuhr auch schon eine stark rückläufige Bewegung. Damals klammerten sich die Waldbesitzer aber an den Umstand, dass die russische Einfuhr noch ständig stieg. Das ist nun auch vorbei; im ersten Halbjahr führte Russland 17,0 Prozent weniger Holz ein als in der gleichen Zeit 1930. Die Einfuhr aus Finnland ging um 63,4, aus Österreich um 66,4 und aus Polen um 68,3 Prozent zurück. Nur die Tschechoslowakei macht von den in Betracht kommenden Holzländern eine Ausnahme: ihre Einfuhr stieg um 10,4 Prozent. Das ist nun der Strohalm, an den die Waldbesitzer sich jetzt klammern. „Statt 45 Prozent weniger führte die Tschechoslowakei sogar 10 Prozent mehr ein als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Ein deutlicher Beweis für die Unzulänglichkeit unserer Holzollsätze.“ Die Waldbesitzer müssen die Reichsregierung, für die jene Sätze ja in erster Linie geschrieben sind, für sehr dumm halten, wenn sie glauben, damit Eindruck machen zu können. Denn es kommt doch nicht darauf an, wieviel Holz ein Land einführt, massgebend ist die Gesamteinfuhr, und die ist gegenüber 1930 um 45 und gegenüber 1928 um rund 70 Prozent zurückgegangen.

Mehr Berechtigung haben die Waldbesitzerklagen über den Preisrückgang. Nach den Ermittlungen des Reichsforstwirtschaftsrates kostete das Festmeter Kiefernlangholz (25 bis 29 Zentimeter stark) in Preussen II (Provinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Schlesien) im 2. Vierteljahr 1928 25,87 Mk. und im Juli dieses Jahres 12,04 Mk.; in Südbayern war der Preis an beiden Terminen 27,55 Mk. und 14,16 Mk. Nun ist schon erwähnt worden, dass wir 1928 die jemals erreichten höchsten Holzpreise hatten, bedingt durch den damals fühlbaren Holzangel. Sie können daher als Vergleich nicht herangezogen werden. Aber auch wenn von anderen Jahren ausgegangen wird, ist es richtig, dass die Holzpreise überaus stark zurückgegangen sind, sie liegen fast durchweg unter dem Vorkriegsstand. Das ist für die Forstwirtschaft natürlich sehr bitter, und es ist glaubhaft, dass mancher Privatwaldbesitzer schwer um seine Existenz zu kämpfen hat. Auch die meisten Staatsforsten arbeiten in diesem Jahre mit Defizit. Die Waldbesitzer fürchten, dass sich ihre Lage in den nächsten Monaten noch wesentlich verschlechtert, „wenn nicht im letzten Augenblick noch durchgreifende Hilfsmassnahmen getroffen werden“.

Welcher Art diese Hilfsmassnahmen sein sollen, darüber wird in der nächsten Nummer dieser Stelle zu lesen sein.

Deutsche Holzwirtschaftsbank AG.

Die Deutsche Holzwirtschaftsbank AG. (Sitz Berlin) wurde im Dezember 1923 von den grossen Unternehmerverbänden der Holzindustrie und der Forstwirtschaft gegründet. Ihr Zweck sind „bankmässige Geschäfte aller Art, insbesondere für das Gebiet der Holzwirtschaft, Holzhandel, Sägewerksindustrie, Forstwirtschaft und Holzverarbeitende Industrie“. (Eigentlich sollten die Herren von der Deutschen Holzwirtschaftsbank wissen, dass Holzwirtschaft der Sammelbegriff für Forstwirtschaft, Sägewerksindustrie, Holzhandel und Holzverarbeitende Industrie ist, so dass man nicht sagen kann: „für Holzwirtschaft, Holzhandel usw.“; das ist ein sprachlicher Unsinn.) Die Gründung der Deutschen Holzwirtschaftsbank AG. entsprach einem vorhandenen Bedürfnis, wie auch ihre Entwicklung bewiesen hat. Auch jetzt hat sie eine Existenzberechtigung, trotz des schweren Verlustes im letzten Jahre.

Nach dem dieser Tage veröffentlichten Abschluss für 1930 schliesst die Gesellschaft mit 928 624 Mk. Verlust ab. Der Vorstandsbericht führt das schlechte Geschäftsergebnis mit Recht auf die trostlose Lage der deutschen Holzwirtschaft zurück. Der Holzumsatz ist stark zurückgegangen, was zur Folge hatte, dass der Umsatz der Deutschen Holzwirtschaftsbank AG. von 177 092 908 Mk. im Vorjahr auf 132 933 422 Mk. im Berichtsjahre sank. Hierin findet ein Teil des Verlustes seine Erklärung, die Hauptursache sind jedoch die Kapitalverluste durch den Zusammenbruch zahlreicher holzindustrieller Firmen. Über die Höhe dieser Verluste sagt der Geschäftsbericht leider nichts.

Die Sanierung der Deutschen Holzwirtschaftsbank AG. erfolgt in folgender Weise: Das Aktienkapital wird im Verhältnis von 8:3 zusammengelegt, das heisst von 2 Millionen Mark auf 750 000 Mk. Gleichzeitig wird es wieder auf 2 Millionen Mark erhöht. Die neuen Aktien im Werte von 1 250 000 Mk. werden von einem Konsortium übernommen; dieses Konsortium sind die Preussische Staatsbank (Seehandlung) und die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank). Die Sanierung der Deutschen Holzwirtschaftsbank AG. erfolgt also mit öffentlichen Mitteln.

Im Geschäftsbericht wird über die Lage der Holzwirtschaft ausgeführt, dass die Krise des Holzmarktes im letzten Jahre eine erhebliche Verschärfung erfahren hat. Die Rundholzpreise gingen stark zurück. „Von einer Rente des Waldbesitzes konnte unter diesen Umständen keine Rede sein, da die erzielten Preise vielfach kaum zur Deckung der Werbungskosten ausgereicht haben dürften. Ob eine Verminderung des Rundholzeinschlages, die zur Gesundung des Rundholzmarktes notwendig erscheint, durchführbar ist, bleibt bei dem drängenden Geldbedarf, insbesondere des Kommunal- und Privatwaldbesitzes, fraglich.“

Über die Lage der Sägewerksindustrie und des Holzhandels wird folgendes ausgeführt: „Sägewerksindustrie und Holzhandel konnten trotz der verbilligten Einkaufsmöglichkeit keine Gewinne erzielen, weil die vom Konsum gebotenen Preise noch schneller sanken und die Betriebskosten bei vermindertem Umsatz, steigenden Steuern und Soziallasten und gleichbleibenden Löhnen eine prozentuale Höhe erreichten, für die ein Ausgleich nicht zu finden war. Um jeden Auftrag entstand schärfster Wettbewerb. Die Bildung eines erträglichen Preisniveaus wurde mehr und mehr durch den Druck von Lagern, die aus schwachen Händen oder aus Konkursmassen stammten, verhindert.“

Das Jammern über die „hohen“ Löhne gehört in Kapitalistenkreisen heute zum guten Ton; jeder schwätzt drauflos, wenn er von den tatsächlichen Verhältnissen auch keine

blasse Ahnung hat. Die Löhne der Sägewerksarbeiter sind weder hoch noch sind sie „gleichgeblieben“. Ein Blick auf die Tarifföhne Anfang und Ende des Jahres 1930 beweist das. Im laufenden Jahre sind sie manchenorts so stark abgebaut worden, dass von „Löhnen“ kaum noch gesprochen werden kann. Das brauchen die Verfasser des Jahresberichts der Deutschen Holzwirtschaftsbank AG. aber nicht zu wissen. Ihre Auftraggeber sind zufrieden, wenn sie über die „hohen“ und „gleichbleibenden“ Löhne schimpfen.

Vielleicht sind die Herrschaften der Holzwirtschaftsbank AG. so freundlich und geben der Öffentlichkeit einmal ihre Gehälter und sonstigen Einkommen bekannt. Dann ziehen wir mal Vergleiche zwischen ihren Löhnen und denen der Sägewerksarbeiter.

Belieferung der Schulkinder mit Zahnbürsten

Der Reichsverband deutscher Bürstenfabrikanten hat sich an die Regierungen der Freistaaten Baden, Bayern und Sachsen mit dem Ersuchen gewandt, zu prüfen, ob es möglich ist, dass die Schulen oder die Ortskrankenkassen den Schulkindern unentgeltlich Zahnbürsten liefern. Wenn dies geschehe, dann könnte die ganze deutsche Feinbürstenindustrie wieder in Gang gebracht werden. „In Todtnau, dem grössten und die ganze Welt versorgenden Bürstenzentrum Badens, liegt die Industrie der Zahnbürstenfabrikation völlig danieder.“ Ihre Lage würde mit einem Schlage besser, wenn den Schulkindern unentgeltlich Zahnbürsten geliefert würden. Wie notwendig dies im Interesse der Volksgesundheit sei, gehe daraus hervor, dass eine Feststellung in 32 000 deutschen Schulen ergeben habe, dass 40 Prozent aller Schulkinder die Zähne überhaupt nicht reinigen, und weitere 15 Prozent benutzen die gleiche Zahnbürste wie ihre Geschwister, Eltern und sonstige Angehörige.

Der Minister des Innern des Freistaats Baden hat dem Unternehmerverband geantwortet, dass die Krankenkassen infolge ihrer bekannten finanziellen Notlage zur Zeit nicht in der Lage seien, den Schulkindern unentgeltlich Zahnbürsten zu liefern.

Über diese Antwort ist der Unternehmerverband begreiflicherweise nicht erfreut, sachlich weiss er gegen sie aber nichts vorzubringen. Sein Hinweis auf den Bau eines „Krankenkassenpalastes“ in Mannheim und anderwärts geht doch daneben. Das Geld, das die Krankenkassen für den Bau von Verwaltungsgebäuden ausgeben, ist doch, vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus gesehen, keine Verschwendung, sondern es dient der Belebung der Wirtschaft ebenso wie das Geld, das sie für die Versorgung der Kinder mit Zahnbürsten ausgeben würden. Der Unterschied ist nur der, dass im ersten Falle zahlreiche Industrien einen Vorteil davon haben, im letzten Falle dagegen eigentlich nur die Zahnbürstenindustrie. Boshafte Leute könnten den Krankenkassen einen Vorwurf höchstens daraus machen, dass sie nicht soviel Geld haben, um allen Industrien ständig und recht grosse Aufträge zu geben. Wenn aber die Unternehmer einer Industrie deswegen schimpfen, weil nicht sie, sondern andere Unternehmergruppen von den Krankenkassen lohnende Aufträge erhalten, so geschieht dies nicht „im Interesse der Wirtschaft“, sondern es ist nackter Konkurrenzneid.

Im übrigen ist der Vorschlag des Verbandes deutscher Bürstenfabrikanten zu begrüssen. Seine Durchführung bedeutete für die Welt nichts grundsätzlich Neues, denn in Österreich gibt es heute bereits Gemeinden und Krankenkassen, die den Schulkindern unentgeltlich Zahnbürsten liefern. Auch die deutschen Arbeiter haben dies schon wiederholt gefordert, denn die Belieferung der Kinder mit Zahnbürsten ist Voraussetzung für eine wirksame Schulzahnpflege.



Heim und Familie



Zum neunten November

Von Hildegard Kowalkowsky

Dreizehn Jahre Republik, dreizehn Jahre Nachkriegszeit. Dreizehn Jahre Frieden? Die gekrönten Häupter beziehen für ihre „Leistungen“ vom teuren Vaterlande hohe Pensionen, die Generalität stiftet mit ihrem Ruhegeld Unruhe, die murrnden Millionen Arbeitsloser schlürfen Notsuppen, und die Kriegsjugend lässt sich nicht nur ihre Stielsohlen vernageln für einen Marsch nach Paris. Köpfe und Heldenbrüste der Etappenkrieger sind stahlhelm- oder hakenkreuzgeziert, patriotische Damenherzen entflammen sich am Schrei nach den Kolonien, die teutsche Mädchenjugend trägt straffgeflochtene Zöpfe in die Vorderfront hängend: der kniehohe Knabe übt sich auf markig, kernig und stahlhart. Kriegsbegeisterung ist eine Art Sport geworden; nachgebildete Handgranaten sind zu Sportgeräten auferückt. Bei militärischen Übungen werden Schulkinder herangezogen, dass sie den lebendigen Anschauungsunterricht im Völkermorden auch nur früh genug genießen, und Sachverständige erklären dabei den Jungen und Mädchen — nicht etwa den Artikel 148 unserer Reichsverfassung! Dieser schreibt vor, dass der Schulunterricht im Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung und der Völkerversöhnung zu erteilen ist.

Währenddessen dreht die Hausfrau zehnmal den Pfennig um, ehe sie ihn ausgibt, der Arbeitslose hat nicht einmal den. Teils stehen die Maschinen still, teils rasen sie in wahnsinnigem Tempo ihre Leistung ab. Gefesselt steht der Mensch. Er ist der Leidende. Er ist friedlos. Das Geknatter der Maschinengewehre schweigt, der Geschützdonner ist verstummt, es ist Friede.

Aber Millionen hängen im Stacheldraht der „Wirtschaft“, den die ungekrönten Industriekönige aufgezogen haben, aufgerollt von Land zu Land, als eine letzte stumme Waffe vor dem Ansturm der Masse: die Arbeitslosigkeit. Greise und Kinder, werdende Mütter, Männer in der Vollkraft ihrer Jahre, lebenshungrige Mädchen, unzählige Menschen aller Rassen, aller Nationen sind verfangen in diesem entsetzlichen Stacheldraht, der sie nicht vorwärts lassen will. Immer enger wird der Lebensraum für die noch nicht Erfassten. Viele von ihnen schuferten an Maschinen der Sinnlosigkeit: sie verarbeiten die Güter der Erde zu Geisseln der Menschheit: den Stahl zu Schwertern und Kanonen, die Häute der Tiere zu Soldatenrüstzeug, die Erzeugnisse der Chemie zu mörderischen Giften, zu Explosivstoffen, zu Qualprodukten. Am Wochenende bekommen sie eine Lohnfüte in die Hand, die genau das enthält, was für den allernotwendigsten Lebensbedarf gerade reicht, was von Dienern der Wissenschaft haargenau errechnet worden ist, die sich als Büttel vom Kapital haben kaufen lassen. Es dreht sich alles wie irrsinnig im Kreise, denn es will leben! Wer nicht mehr mitmachen will, der mag doch ausbrechen, im Stacheldraht ist noch viel Platz!

Und es könnte so ganz anders sein!

Warum habt ihr nicht damals vor dreizehn Jahren die Fürsten davongejagt, warum werft ihr ihnen heute noch die Millionen nach? Warum dürften die Durchhaltegenerale heute wieder ihre Schlachtpläne schmieden, die Demokratie befeuern, den Arbeitenden die letzten Groschen herauspressen und den Arbeitslosen verhöhnen? Warum werden die Hirne der Jugend vergiftet mit nationalistischen Phrasen, warum habt ihr nicht die Akademien gesäubert und die Universitäten? Warum habt ihr keine Scheiterhaufen errichtet von den Geschichtsbüchern der Lüge, von den Predigten der Christusleugner, die aus dem Kreuz ein Schwert geschmiedet haben? Warum?

Warum habt ihr sie nicht tatsächlich mit dem angezündeten Dolchstoß für immer erledigt, diese Volksfeinde, diese Heuchler von Mammons Gauen?

Das sind die Fragen, die immer und wieder gestellt werden. Begreiflich. Denn

die Raubritterkenel, die Fangschürträger belasten uns ungeheuer. Wie leicht wäre ein Schlussmachen mit diesen Blendgötzen gewesen, wären sie nur die alleinigen wahren Herren! Die Industriearbeiter, die internationale Rüstungsindustrie mit all ihren Abzweigungen nach Öl und Kohle zu sind es, die das Heft tatsächlich in der Hand halten. Sie sind es auch heute wieder, die romantischen Jünglingen und Jungfrauen, den unbelehrbaren Alten beiderlei Geschlechts, den starken Mann im Purpur als Köder hinhalten. Millionen fallen auf dieses Ablenkungsmanöver herein.

Unsere Männer vom neunten November aber waren weder Götter noch Zauberer. Ein „sie hätten...“ ist heute leicht gesagt. Was war Deutschland? Ein ausgehungertes Land ohne Grenze, mit einer Führerschaft, die die Zügel verloren hatte, und mit einem höchst schwankenden „Boden der Tatsachen“. Manche von denen, die mit schlotternden Knien sich eine rote Rose ins Knopfloch und ein rotes Fähnlein ans Auto steckten, stehen heute schon längst wieder im anderen Lager. Und die Heimkehrenden? Sie kamen mit Krankheiten, mit Ungeziefer behaftet zurück, mit einem aufgewühlten, fehlgeleiteten Gefühlsleben. Zu Hause stiessen sie auf ausgehungerte, zerquälte Daheimgebliebene. Auf beiden Seiten stand ein belogenes und betrogenes Volk. Das Zahlungsmittel, die Mark, war längst im Wert aufgefrassen. Das Schiebtertum begann aufzublühen, am kranken Volk wollten die bisher so reich Verdienenden sich noch gesünder machen. Sie konnten sich mit dem hereingebrochenen Frieden nicht abfinden. Wo war der versprochene Sieg geblieben? Welcher Feind bezahlte alles? Und die Hinterbliebenen, die Verstümmelten, die erfuhr einen merkwürdigen Dank des Vaterlandes.

Wir können uns heute nur schwer in jene vergangenen Tage zurückversetzen. Wir können feststellen: das Proletariat war noch nicht reif, um die politische Macht restlos an sich zu bringen. Die Mächte der Wirtschaft konnten sich damals ungestraft austoben. Mit dem auch heute noch gültigen Allesöffner Geld haben sie sich eine Schutztruppe von Abenteurern herangekauft. Die wartet nun auf den neuen neunten November. Dann könnten sie endlich auf ihre längst erhofften Kosten kommen. Ihre geistigen Waffen würden Schlagringe und Pistolen sein und ihre Zielscheiben das waffenlose Proletariat.

Die Kommunisten sind ihnen treffliche Gegenspieler; sie erhoffen nur von einem Gewaltstreik die Möglichkeit der Macht ergreifung. Als liesse sich diese wohlorganisierte Reichswehr von zehnmal tausend Arbeitern auch nur ein Maschinengewehr ungestraft entwinden! Als liesse sich diese Horde blutgierig gedrillter Nazis von noch so ehrlich überzeugten Kommunisten auf die Arbeiterseite ziehen! So sehr uns auch die Faust zucken mag, so begreiflich auch der Wunsch ist: noch einmal, aber dann gründlich!, so sehr müssen wir berechnen, erwägen, bedenken. Leicht ist der Schlag mit der Faust, billig sind Worte. Aber unser Blut müsste fließen. Und es wäre umsonst! Erfahren wir es nicht Tag für Tag, wie sie die Maschine gegen uns ausspielen? Wieviel lieber täten sie es, wenn es nicht nur um unseren Schweiss ginge, sondern um unser Blut!

Unsere ganze Energie, unser ganzer Mut, unser ganzer Wille zum Losbruch muss sich jetzt richten auf die Gewinnung des Mitarbeiters, der noch abseits steht. Jeder bringt einen, und wir haben uns morgen verdoppelt. Übermorgen sind wir vervierfacht. Das ist die Lösung, die einzige Lösung! Das ganze Proletariat muss es sein! Nicht ein „Führer“ kann das machen, nicht fünf Millionen können das machen. Alle müssen es sein, die da von ihrer Hände und ihrer Hirne Arbeit leben. Solange wir die Nackenschläger haben, die Spalter, die Maulhelden: solange können wir keinen besseren neunten November erwarten!

Die Erde ist schön, sie ist auch für uns schön; erobern wir sie uns zurück von denen, die der Menschheit Geissel sind. Sie betreiben Enteignung lebendiger Arbeitskraft, Bildung von totem Kapital. Männer und Frauen der Arbeit! Unsere Novemberparole lautet: Zusammenschluss all unserer Arbeitskraft! Und dann enteignen wir das Kapital!

Wenn Kinder trödeln

„Mein Kind trödelt immerfort!“ Diese Klage hört man täglich von zahlreichen Vätern oder Müttern. Darunter verstehen sie entweder langsames Arbeiten der Kinder oder Unlust zu irgendeiner Beschäftigung, Trägheit der Bewegungen und Neigung, vor sich hinzudämmern und sich mit sich selbst zu beschäftigen.

Die Eltern nehmen in den meisten Fällen an, dass es sich um Unarten handelt, die den Kindern abgewöhnt werden müssen. In vielen Fällen ist das Trödeln allerdings eine Art von Charakteranlage. Handelt es sich jedoch um Kinder, die nicht von langsamer Art sind und trotzdem trödeln, dann wird es in sehr vielen Fällen an irgendeinem körperlichen Unbehagen oder Gebrechen liegen, das nicht erkannt wird, weil es sich nicht in krankhafter Weise äussert und aus dem Grunde auch von den Eltern nicht in einen Zusammenhang mit der sogenannten Trödelei gebracht wird. Diese Trödelei entspringt nämlich oft einer Müdigkeit, die in irgendwelchen Störungen der Organe, des Blutumschlusses oder des Stoffwechsels ihre Ursachen haben kann. Häufig wurde festgestellt, dass derartige Kinder zuckerkrank sind, von denen man bisher glaubte, dass sie faul oder langsam seien. Die Zuckerharnruhr schwächt den Körper, besonders eines noch nicht voll Erwachsenen in ungemeiner Weise, und man tut diesen Kindern bitter unrecht, wenn man sie zur schnelleren Tätigkeit antreibt. Auch eine leichte Anomalie des Herzens, die nicht gerade eine schwere Krankheit zu sein braucht, kann dazu führen, dass die Kinder langsamer sind als ihre Altersgenossen.

Auch Bleichsucht und Blutarmut gehören hierher. Früher waren besonders die jungen Mädchen zwischen 10 und 16 Jahren meistens bleichsüchtig. Jetzt, in dem Zeitalter der richtigen Ernährung und des Sportes, gehört diese Krankheit erfreulicherweise zu den Seltenheiten. Auch leichte Formen von Rachitis sind besonders bei Kindern in sehr jungem Alter die Ursache für eine oft getadelte Trödelei. Auch hier sind richtige Ernährung, viel Sonne und Luft am Platze, aber nicht der Vorwurf. So gibt es noch zahlreiche andere Möglichkeiten, die in der geschwächten Natur der Kinder bestehen.

Auch wenn die Kinder nicht krank sind, so können sie sehr schwache Körperverfassungen haben. Falls es sich bei diesen Schwächen nicht um organische Fehler handelt, so besagen sie für die Entwicklung der betreffenden Personen gar nichts, denn man „wächst sich aus“, wie der Volksmund sagt, d. h. mit dem zunehmenden Alter und der zunehmenden körperlichen Entwicklung verschwinden diese Schwächenanlagen von selbst. Trotzdem aber können sie im jugendlichen Alter, wenn sie den Körper stark beherrschen, die Veranlassung zu allerlei unangenehmen Erscheinungen sein, die als Trödeln ausgelegt werden, während sie doch in Wirklichkeit nichts weiter sind als Auswirkungen eines Körperzustandes, für den die Kinder nicht verantwortlich gemacht werden können.

Man erkennt daraus, dass in den allermeisten Fällen sicherlich das sogenannte Trödeln weder eine Unart noch eine Faulheit ist, sondern dass es sich um Krankheiten oder Schwächen handelt, also bedauernde Kinder, die den Vorwürfen der Eltern oder Erzieher ganz zu Unrecht ausgesetzt werden. Darum müssen die Eltern in all den Fällen, in denen sie sich wegen des Trödelns der Kinder beklagen, in erster Reihe einmal den körperlichen Zustand der Kinder feststellen lassen.

Vom richtigen Löten

Wer im Haushalt kleine Reparaturen selbst ausführt, wer auf verschiedenen Gebieten bastelt und baut, muss manches von den alten Handwerkskünsten wissen. Unter den vielen bekannten Spezialarbeiten ist das Löten eine häufig vorkommende Arbeit. Die richtige Art dieser Arbeitsausführung erfordert einige Übung.

Zum Löten braucht man Lötzinn und einen LötKolben. Das Lötzinn ist ein rostfreies, weissglänzendes Metall. Es besteht gewöhnlich aus 54,5 Teilen Zinn, 3,6 Teilen Antimon und 41,9 Teilen Blei. Leichtflüssige Sorten enthalten Beimengungen von Cadmium und Wismut. Lötzinn ist käuflich in gegossenen Stangen oder in Röhren, die mit Löttaufbringemitteln gefüllt sind. Löttaufbringemittel, wie Salzsäure, Zinkchlorid, besondere Wachse und Fette, Kolophonium, sind leichtflüssiger als das Lot selbst; sie halten die gereinigte Lötstelle durch Benetzung und Luftabschluss metallisch rein und ätzen diese selbst noch blank. Die flüssigen Lote haben eine grössere Benetzungskraft und verdrängen beim Löten die Löttaufbringemittel.

Der LötKolben besteht aus einem als Spitze oder Schneide ausgebildeten Stück Kupfer, das an einem Rundeisen mit einem Griff am Ende befestigt ist. Die Lötfläche des Kupfers muss ebenfalls metallisch rein sein. Nach öfterem Löten auf der Spitze niedergeschlagene Feuerungsschlacken sind durch Abfeilen zu entfernen, bis der erwärmte LötKolben Zinn annimmt. Der Kolben darf höchstens mässig dunkelrotwarm gemacht werden, und das besonders an der Spitze, da sonst das Kupfer verbrennt und für diese Zwecke minderwertig wird.

Vor dem Lötprozess sind die zu verbindenden Teile sehr sorgfältig zu reinigen (sie dürfen weder nass, fettig noch begriffen sein, weil Lötzinn nur auf metallisch reinen Flächen haftet), darauf sind sie mit einem Löttaufbringemittel zu bestreichen. Bei Kochtöpfen, die repariert werden sollen, wird die Emaille an diesen Stellen durch Abpicken mit einem Hammer abgeschlagen, wozu diese Stelle innen zweckmässig durch eine Holzunterlage unterstützt wird.

Nun das Löten selbst: Die Schneide des erwärmten LötKolbens wird zunächst durch Reiben auf einem Salmiakstein von anhaftenden Unreinigkeiten restlos befreit, sie nimmt dann auch sofort Lötzinn an. An die beiden zu verbindenden Flächen bringt man jetzt die mit fließendem Zinn beladene Schneide des Kolbens; das Lötzinn verbindet sich augenblicklich mit den sauberen Metallflächen und muss durch geschickte Kolbenführung gleichmässig auf eine möglichst glatte Fläche verteilt werden. Die beiden zu lötenden Teile müssen durch den glühenden LötKolben erwärmt werden, was bei kleinen Stücken auch im Moment geschehen ist; soll dagegen ein grösseres Stück mit einem kleineren verbunden werden, dessen Grösse das Anwärmen mit dem LötKolben unmöglich macht (Wasserbehälter, Wasserleitung), dann muss die Lötstelle vorher irgendwie erwärmt werden, weil es sonst ausgeschlossen ist, eine Verbindung herzustellen. Ganz kurz vor dem Lötprozess muss diese angewärmte Stelle nochmals gereinigt werden.

Nach dem Löten reinigt man den betreffenden Gegenstand sehr sorgfältig von dem aufgetragenen Löttaufbringemittel, weil sonst Metallanzehrungen entstehen können, und arbeitet die Lötstelle mit einer groben Feile nach. Bei kleinen Gegenständen kann man Zinnanhäufungen mit einem scharfen Taschenmesser durch Abschälen kleiner Streifen entfernen und glätten.

Das Lötzinn hat einen Schmelzpunkt, der bei etwa 300 Grad liegt: Kochtöpfe, die Lötstellen haben, dürfen deshalb nicht ohne Kochtign oder mit reinem Fett aufgesetzt werden, da sonst die Lötstelle ausläuft.

Bei richtiger Beachtung der angeführten Punkte entstehen gute und leicht herzustellende Lötstellen, deren Haltbarkeit ziemlich unbegrenzt sein wird. H. S.



Unterhaltung und Wissen



Entronnen Wüste und Hölle

Skizze von Max Karl Düttcher (Schluss aus Nr. 43)

Der langsame Schritt der Wachtposten auf dem breiten Mauerkranz hallte schaurig durch die Stille, ihr eintöniger gegenseitiger Anruf wirkte nervenzermürend. Und von unten, vom Tale herauf erklang das Raunen der Wüste. Ein Schakalschrei, ein Hyänenruf, hie und da vom fernen Gebirge ein Schuss! Und in dieser trostlosen Verlassenheit lag ein armer, unglücklicher, hilfloser Mensch, von seinen Mitmenschen, die aber nichts Menschliches mehr an Herz und Gemüt besaßen, wie ein schwerer Verbrecher behandelt. Und was war seine Schuld? Er hatte ein hilfloses Mädchen vor den gemeinen Lüsten eines gewissenlosen Lumpen bewahrt, und dieser Lump war zufällig sein Vorgesetzter.

So schweiften seine Gedanken zu jenem Arabermädchen. Er hatte die Kleine des öfteren schon gesehen, sie stand im Dienste des Kaid, des Araberchefs, war vielleicht seine Sklavin. Mit welcher rührender Dankbarkeit sie ihn angeschaut hatte mit ihren grossen, tief schwarzen Augen, als sie ihm zurief: „Sorge dich nicht, ich rette dich!“

Ach, wie wollte ihn dies schwache Geschöpf aus den Klauen dieser Teufel erretten?!

Ein Schakalruf unmittelbar hinter ihm liess ihn zusammenfahren. Hatten die Bestien tatsächlich schon Menschenfleisch gewittert? Ja, mehr wert als ein Aas war er ja nicht in den Augen der Franzosen. Und doch grauste ihm, wenn er daran dachte, dass sich die Wüstenflederer, Schakal und Hyäne, an ihm heranzumachen könnten. Wie wollte er sich wehren, da ihm Arme und Beine gefesselt waren?

Da — ein Rascheln neben ihm. Er schnellte sich zur Seite und stierte in die stockdunkle Nacht und suchte, wo etwa die Augen einer Bestie glühten, aber da vernahm er eine leise Stimme: „Still, guter Freund! Ich bin es, Fatimeh, die du errettet hast, ich helfe dir fort!“



Und ganz, ganz leise kroch das Mädchen heran, eine weiche, linde Hand strich Veit über Stirn und Haar, dann fühlte die Hand an seinen Beinen entlang, dann gab es einen kurzen Ruck, und Veit merkte, wie sofort der Druck der Beinfesseln nachliess, dann suchten weiche Hände seine Arme und zerschnitten ihm dort die Fesseln.

„Rühre dich nicht! Und wenn du dich ein wenig erholt hast, dann folge mir, ich gebe dir unterdessen zu essen!“ flüsterte die Wackere und schob Veit nun von Zeit zu Zeit eine Feige in den Mund und dann eine Banane, Stück um Stück. Und droben, auf dem Mauerkranz, schritten die Posten auf und ab und liessen ihren Ruf erschallen.

So mochte eine Stunde vergangen sein. Veit fühlte, wie ihm das Blut wie normal durch den Körper pulste, er fühlte auch, wie durch die Atzung seine Kräfte zurückkehrten, und nun flüsterte Fatimeh: „Folge mir nach, aber lautlos!“

Das Arabermädchen kroch aus dem Drahtverhau bis zur Mauer. Veit folgte, und im luschigen Gras ging es nun langsam, immer platt auf dem Bauch kriechend, vorwärts, und nach abermals einer Stunde waren sie so weit vom Posten entfernt, dass sie schneller vorwärts kamen, und als es Uhr schlug auf der Postenuhr, langten sie drunten im Tale am ersten Arabergehöft an.

Und im gleichen Augenblick leuchtete droben an den Zinnen des Postenturmes der Scheinwerfer auf, stach mit seinem grellen Licht wie ein harter Finger in jedes Gebüsch, dann tastete er Strich um Strich die Steppe ab, fuhr in die Wüste hinaus, so dass die weissen Sanddünen wie silbrige Wellen aufleuchteten. Und jetzt, jetzt schien man die Flucht Veits entdeckt zu haben, denn der Lichtkegel lag still auf jener Stelle vor der Mauer, wo Veit bis Mitternacht gelegen hatte, und wenig später löste sich droben am Posten ein Kanonenschuss, das Zeichen, dass einer der Legionäre entflohen war, zugleich der Bannfluch über den Flüchtling, der den Eingeborenen verkündete, dass es verboten sei, dem Entronnenen Hilfe und Vorschub zu leisten.

Beim ersten Morgengrauen schwärmte die gesamte Kompanie, 300 Mann stark, aus, den Entflohenen zu suchen. 5000 Franken standen auf seinen Kopf, das wussten die Araber sehr gut, und nur selten gelang es einem der Deserteure, durchzukommen, weil die Araber ihn fingen und einlieferten oder ihn kurzerhand grausam abschlachteten. Aber so ist der Araber! Einem, der von den Ihrigen geschützt und ihnen Gutes getan, dem helfen sie weiter bis zur Rettung.

In breiter Schwarmlinie durchstöberte die Kompanie Steppe und Wüstensaum, jede Kasbah wurde untersucht, aber vergebens, Veit Rotter blieb verschwunden. Auf der Strasse, die zum Gebirge führte, zog in früher Morgenstunde ein Karren dahin, von zwei Mauleseln gezogen, von einem schmierigen Araberjungen gelenkt.

Der Sergeant-Major hielt die Strasse gesperrt mit einer Handvoll Legionären und herrschte den Araberjungen an: „Wohin willst, dreckiger Bürsche?“

„Zu unseren Hirten, in den Bergen!“ stotterte der Junge. Das Vieh der Kasbah-Leute weidete in den grasreichen Vorbergen und wurde von Araberhirten betreut.

„Was hast du auf dem Wagen?“

„Decken für die Hirten. Die Nächte werden schön kalt, Herr.“

„Durchsucht den Karren!“ befahl der Sergeant-Major, und roh warfen die Soldaten alles aus dem Wagen, aber sie fanden nichts Verdächtiges, und nun erlaubte man dem Araberjungen, der seine Decken wieder aufgeladen hatte, weiterzufahren.

Nach zwei Stunden war er mit seinem Karren im Gebirge und bog dort bald links vom Wege ab, und in einer tiefen, unwirtlichen Schlucht machte er halt. Er tat einen Schakalschrei, und wenige Minuten später waren einige Araber zur Stelle. Der Junge schälte sich aus seinem schmutzigen Burnus, wischte sich die Dreckkruste aus dem Antlitz, und siehe, Fatimeh, das Arabermädchen, kam zum Vorschein. Aufgeregt erzählte sie

Wir müssen so sein

**Wir müssen so sein,
Dass besser unser Leben werde,
Kraftvoll im Sturm,
Platz ist genug auf der Erde.**

**Wir müssen so sein
Wie die Möven, beschwingt
Nach dem Ziele jagen,
Von treuen Kameraden umringt.**

**Wir müssen so sein
Wie der Quell, klar
In allem Beginnen,
Immer vorn in der Kampfschar.**

**Wir müssen so sein
Wie der Blitz, schnell
Zwischen unsere Peiniger fahren,
Reif zum Gerben ist ihr Feil.**

Alexander Morly.

den Männern, was sich gestern und heute nacht ereignet hatte, dann bückte sie sich und hantierte lange unter dem Karren, und jetzt holte sie einen Menschen hervor, den Legionär Veit Rotter. Fatimeh und ihre Helfer hatten ihn ganz dicht an die untere Seite des Wagenbodens gebunden, so dass er durch den Brettrand verdeckt worden war. Das war gewiss eine unsagbare Qual für Veit gewesen, aber diese Qual bedeutete seine Rettung.



Veit bedankte sich bei Fatimeh, und nun führten ihn die Araber hinein in die undurchdringlichen Wälder des Gebirges, versahen ihn mit anderen Kleidern und gaben ihm nun weiter von Stamm zu Stamm, von Kasbah, bis er sich über die Grenze auf italienisches Kolonialgebiet retten konnte, und nun war er frei, gerettet, der Wüste und Hölle entronnen.

Glücklich kam er heim, büsste seine Strafe willig ab und begann ein neues Leben. Er erzählte mir sein Schicksal und sagte am Schluss noch: „Ich bin einer von wenigen, denen die Flucht gelang, glückte durch Fatimehs Hilfe, aber viele, viele Tausende schmachten noch in Wüste und Hölle und harren ihrer Befreiung!“

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 42)

Weiterfahrt und Erinnerung.

Mit viel Umständlichkeit und Geschrei rennen Gepäckträger zwischen Bahnhofshalle und Zug. Die Europäer schimpfen aufgeregt, nur die Indos und die Chinesen bleiben gelassen. Diese braunen kofferbeladenen Männer, sie scheinen schwerhörig zu sein gegen das Geschimpfe der westlichen „Herren“.

Trotz aller Aufregung ist der Zug abfahrtsbereit, pünktlich auf die Minute. Es ist ein sogenannter Eintagszug (während der Nacht ruht der ganze Verkehr), der mich bis zum Abend nach Soerabaia bringen wird.

Wie seltsam ist dieser Morgen in der Tropenwelt Ostindiens!.... Diese Kühle weckt Erinnerung an manchen Morgen in Taunus, Schwarzwald und Vogesen. Wie war das damals?.... Gleichgültig, wie es war... Und dennoch — verteuert, wie die Ferne die Dinge verschönt — hängt man seiner Sehnsucht nach... Und während der Zug schon zwischen den Kampongs, den Dörfern der Eingeborenen, durchfährt, ist man noch immer im Bergwirthshaus in den Vogesen....

Einfältige Gefühlsduseleien, sage ich mir selbst. Mensch, hänge nicht Vergangenen nach: hier ist Java, ein üppig Teil des zukunftsreichen Ostens. Jenseits des Äquators aber ist das müde Europa in Wirrnis und Schmerz. Hier auf dem schlammigen Reisfeld, dicht an der Bahnlinie und im sich lichternden Nebel, stehen schon gebückt die Frauen im kalten Wasser, Setzling um Setzling pflanzend. Zehn Stunden am Tag, Zehnmal sechzig Minuten; nur eine kurze Feier dazwischen in der glühenden Stunde des Mittags. Die grauen Wasserbüffel werden mehr geschout. Sie brauchen nicht vor dem Pflug zu gehen, nicht durch die Sawahs zu stampfen, wenn sie Junge haben. Die Frauen aber gehen durchs Feld, und das Kleine tragen sie im Hüfttuch mit. Hat es Hunger, wird es gesäugt; unter freiem Himmel, in dem vom Morgennebel verhangenen Reisfeld.

Chinesen im Zug.

Ein Chinesenjunge, vierzehn oder fünfzehn Jahre alt, sitzt mir gegenüber. Er ist gekleidet wie ein Europäer seines Alters: offenes Sporthemd, braunes Jackett, Halbschuhe. Das schwarze Haar kurz geschoren, stramm gezogener Scheitel. Chinesen mit Zöpfen sind nur für die Märchenbücher übriggeblieben. In den zwölf Wochen, die ich schon östlich von Colombo reise, sah ich nur einen einzigen Zopfträger: auf dem Rummelplatz in Singapore. Er stand als Anreisser vor einer Bude, wo Säbelkämpfe zu sehen waren. Aber vielleicht war auch dieser Zopf nur eine Perücke.

Die Mutter des Jungen sitzt quer gegenüber. Sie hat die Füsse auf das Lederpolster gezogen und schläft. Ein erbsengrosser Brillant funkelt niederträchtig in ihrem Ohr. Sie hat die gelben Hände gefaltet, und die Finger mit den aufwärts gebogenen Nägeln verraten ein böses Zupackenkönnen.

Da — wie ich die Schlafende betrachte, sehe ich sie um zwanzig Jahre gealtert. Sehe sie, eine alles beherrschende und alles duckende Grossmutter.... Sie thront in einem jener weitläufigen Kaufmannshäuser aus der Zeit der Ostindischen Kompanie, wie ich vor einem Monat noch in Alt-Batavia sah. Sie thront inmitten einer grossen Familie: die Söhne und die Schwiegertöchter, die Enkel und alle Angestellten des Geschäftes zittern vor ihr. Keiner von allen würde je wagen, der fast Heiligen zu widersprechen.

So europäisch modern die Chinesen sein mögen, im Familienleben gelten die gleichen Sitten wie vor Jahrhunderten; und die Grossmutter ist noch immer unumschränkte Herrscherin. Weil sie selbst einst gedückt wurde, duckt sie jetzt die jüngeren Frauen: unausrottbare Gesetz der Vorfahren.

Soerabaia und Abschied.

Abends, an einem Sonntag und nach dreizehn Stunden Fahrt durch unerträgliche Hitze, kam ich in Soerabaia an. Mächtige Handelsmetropole an der javanischen Ostküste. Über diese Stadt kann ich dir nicht mehr sagen als dies: sie ist das lächerliche Abbild eines europäischen Häuserhaufens. Typisches Geschäftsviertel; neben alten und verwahrlosten Bauten manches „Moderne“, in einem schablonenhaften Kolonialstil.

In der Erinnerung blieb nur der Kanal mitten durch die Stadt. Auf seinem schwarzen, träge fliessenden Wasser trieb Graseschlinge. Und ein Pestgeruch stieg auf, den ich in meinem Leben nicht wieder vergessen werde. Er drang bis in die Häuser, bis unters Moskitonetz, und du schläfst in einer Wolke von Gift. Der Abschied nach zwei Tagen wurde nicht schwer; aber Soerabaia ist nicht Java, und Java ist schön.

So schön, dass über den Abschied hinaus ein gutes Gedenken lebendig bleiben wird. Eine zärtliche Erinnerung an Menschen, Landschaft und eine väterlich sorgende Regierung. Zu rasch gingen die Wochen in Insulinde dahin, und jetzt, kurz vor dem Abschied, ist nichts lebendig als eine grosse Sehnsucht.

In wenigen Stunden fährt das Schiff von hier ab, das mich nach dem fünften Erdteil bringen wird, nach Australien.

Was mancher nicht weiss

Im Jahre 1929 gaben die deutschen Hausfrauen etwa 40 Milliarden Mark für den Lebensunterhalt ihrer Familien aus; das ist über die Hälfte des gesamten deutschen Volkseinkommens, das 1929 etwa 70 Milliarden Mark betrug.

In Dänemark, dem grossen Butterexportland, wird dreimal mehr Margarine gegessen als in Deutschland.

In Südamerika könnte man bisher noch nirgends Untergrundbahnen. Nun soll Santiago, die Hauptstadt Chiles, als erste südamerikanische Stadt eine Untergrundbahn erhalten. 100 Millionen Dollar wurden bereits für den Bau bewilligt. G. B.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Die Bildhauerel. Fachblatt für Bildhauer. Heft 2, 1931. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Die Revolution des Friedens. Von Otto Lehmann-Russbüldt. E. Laubsche Verlagbuchhandlung...

diesem Material geht hervor, dass wir von einer allgemeinen Abrüstung leider noch weit entfernt sind...

Wirkliche Abrüstung. Von Dr. H. Kirchhoff. Mit einem Geleitwort von Graf Bernstorff...

Die Kluft. Roman von Ellen Wilkinson. Aus dem Englischen ins Deutsche übertragen von Otto Albrecht von Beber...

Atmosphäre eines Generalstreiks erfüllt. aber auch in die armseligen Wohnungen englischer Bergarbeiter...

Mord und Totschlag. Ein Buch über den Kampf der Kriminalpolizei von Dr. jur. Curt E. L. W. Spöck...

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1932. Dieser Kalender bietet ungemein viel für die 2 Mk. die er kostet...

Bannmelde des Lebens. Gedichte von Georg Zemke. Verlag: Die Rabenpresse...

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Mit den ständigen Beiblättern...

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Der Almanach 1932

Taschenkalender für die Funktionäre und Mitglieder des Verbandes. — Er kostet in Ganzleinen gebunden einschliessl. eines Bleistiftes nur 80 Pf.

Sein Inhalt, ständig durch wichtige Neuigkeiten ergänzt, ist eine Fundgrube für jeden. Hier einige Titel: Vorwärts im neuen Jahr! / Aus der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes / Übersicht über die deutschen Gewerkschaften / Adressen und Fernsprecher des Verbandes / Adressen der dem ADGB, angeschlossenen Verbände / Unser Kampflied: Die Internationale / Lohnsteuer-Berater / Tabelle zum Ablesen der Lohn- und Krisensteuer bei Wochenlöhnen von 27 bis 106 Mark / Hilfstabellen für Modellischer / Holzmasse (Vergleiche von inländischen und ausländischen Massen) / Gewichtstabelle für Holz / Staatsform, Grösse, Einwohnerzahl und Hauptstadt verschiedener Länder / Deutschlands 16 Freistaaten (Grösse, Einwohnerzahl, Hauptstadt und Landesfarben) / Windstärke und Windgeschwindigkeit / Masse und Gewichte (Gegenüberstellung verschiedener Mass- und Gewichtseinheiten) / Fremdwörter-Brocken und politische Schlagwörter / Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts / Mehrfarbige Karte von Deutschland.

Der Almanach ist zu beziehen durch die Verwaltungsstellen Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H. / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2

erscheint im November

Advertisement for Christmas gifts (Geschenke billig) featuring a bicycle, a sewing machine, a radio, and a rocking horse. Text: Weihnachts-Katalog gratis Sigurd Gesellschaft Kassel 15

Hobelbänke 60 RM

2 m lg., kompl. Stahlsp., Ia Qualität. Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis, Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne

Gummiwaren Hygienisch. Artikel Preisliste 0 gratis. Berln SW 68, „Medicus“ Alte Jakobstrasse 8.

Stuhlflechtröhre

Beste, ergiebigste Qualität Halbl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,05 3,85 3,65 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt.

Max Walther Dresden-N. 22, Rehfelder Str. 53

Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen Maxim. Weiss Leipzig, Kochstr. 28.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mk. 74 Ia Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindel, ab süd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.

M. WALTHER / Dresden-N. Rehfelder Strasse 53

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hansalarwerke zum Selbstbau, nach Katalog der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Grosser Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 70 Pf., bess. Qual. 90 Pf., halbweisse flaumige 1,20 M., weisse, flaumige geschlossene 1,50, 1,90, 2,50 M., feinste geschlossene Halbhaun-Herrschafsfedern 3., 4., 5. M. Graue Halbdaunen 1,75 M., Daunen, halbweiss 1., 1,75 M., Daunen weiss 6., 8. M., hoch 8,50, 10. M., Rupffedern, ungeschl., mit Flaum gemengt, halbweiss 1,35 M., weiss 2,25 M., ziertester Flaumrupf 3,25, 4,25 M., Muster u. Preisliste kostenlos. Versand oder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pf. an franko. Nichtpass. wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch, Prag XII. Amerika ulice Nr. 180. Böhmen.

T 11



Josef Witt, Weiden-Oberpf.

Grösstes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

- 2500 Arbeiter und Angestellte, 31 472 Spindeln in eigener Spinnerei, 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien, 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen! 900 000 Nachbestellungen auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung v. 15.-Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Table with columns: Nr., Preise per Meter, Breite, and Mk. listing various fabrics like Weisses Hemdentuch, Vorhangstoff, Handtücher, Baumwolltuch, Hemdenflanell, Hemdenflanell, Weisses Makotuch, Stuhltuch, Frottierhandtücher, Damentaschentücher, Wischtücher.

Ungeheuer vorteilhaft!

Weisses Hemdentuch, mittelstarkläd. geschloss. (vorzögl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weiß dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter. 80 cm breit Ausnahmepreis per mtr. nur 0,36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter od. Stückzahl! Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10.- Mk. an portofrei Lieferung von 20.- Mk. an

Weiße Garantie. Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, wenn trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechend sollte. Zurückzahlung des vollen angelegten Betrages auch dann wenn Sie nicht die vollen Überzeugung haben dass die meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.

Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand

Advertisement for 'Ein Erfolg ist Ihr Geld' featuring a man in a uniform. Text: wenn Ihnen unsere Ware nicht gefällt! Sie kaufen billig direkt vom Fabrikanten. Tiefpreis nur an Private. Table of products and prices: 31 Handtücher, 32 Jacquard-Handtücher, 33 Eisenerzeugnisse, 34 Hemdenflanell, 35 Eisenerzeugnisse, 36 Edzürzenstoff, 37 Stahltuch, 38 Blumenband, 39 Bettwäsche.